

Was für eine Art von totalitärer Herrschaft war das Dritte Reich? Welche Rolle spielte Adolf Hitler? Und wie kam es zu der tödlichen Dynamik, die zwischen 1939 und 1945 fast die ganze Welt in Atem hielt? Antworten auf diese Fragen hat es viele gegeben, nicht zuletzt im Zuge der Kontroverse zwischen den Strukturalisten und den Funktionalisten unter den NS-Historikern. Mit dem Vorschlag eines erweiterten Polykratiemodells ist unter dem Schlagwort „Neue Staatlichkeit“ wieder Bewegung in die Debatte gekommen. Paul Fröhlich und Alexander Kranz greifen diesen Vorschlag auf und prüfen seine Tauglichkeit am Beispiel der Karrieren zweier Generäle, die heute fast vergessen sind, Ende der 1930er/Anfang der 1940er Jahre aber eine wichtige Rolle bei der Neuordnung des politisch-militärischen Komplexes auf dem Weg in den Totalen Krieg spielten.

Paul Fröhlich und Alexander Kranz

## Generäle auf Abwegen?

Ludwig Ritter von Radlmaier, Adolf von Schell und die Rüstungsbürokratie des Dritten Reiches zwischen militärischer Tradition und „Neuer Staatlichkeit“

### 1. NS-Regime und Militär

Aktuelle Forschungen zum Nationalsozialismus betonen im Gegensatz zu älteren Interpretationen, dass das polykratische Herrschaftsgefüge nicht mit einem Verfall des Staates gleichzusetzen sei. Statt eines früher konstatierten „Zersetzungsprozesses“<sup>1</sup> konstatieren sie vielmehr die „Koordinierungsleistung“<sup>2</sup> im NS-Staat. Dabei geht es freilich nicht darum, die Leistung einer Diktatur zu würdigen, sondern zu verstehen, warum eine vermeintlich systemlose Staatlichkeit dennoch über zwölf Jahre Bestand hatte. Anknüpfend an die bisherigen Deutungen hat Rüdiger Hachtmann unter der Bezeichnung „Neue Staatlichkeit“ ein erweitertes Polykratiemodell entworfen, und dabei vor allem die hohe Kompetenzkonkurrenz, die Personalisierung und die Informalisierung von Politik und Kommunika-

<sup>1</sup> Martin Broszat, *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung*, München 1995, S. 379.

<sup>2</sup> Sven Reichardt/Wolfgang Seibel, *Radikalität und Stabilität: Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, in: Dies. (Hrsg.), *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M. 2011, S. 7–27, hier S. 10. Vgl. zuletzt auch Oliver Werner (Hrsg.), *Mobilisierung im Nationalsozialismus. Institutionen und Regionen in der Kriegswirtschaft und der Verwaltung des „Dritten Reiches“ 1936 bis 1945*, Paderborn u. a. 2013; Rüdiger Hachtmann/Winfried Süß (Hrsg.), *Hitlers Kommissare. Sondergewalten in der nationalsozialistischen Diktatur*, Göttingen 2006; Jürgen John/Horst Möller/Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), *Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“*, München 2007; Wolf Gruner/Armin Nolzen, *Bürokratien*, Berlin 2001; Sören Flachowsky, *Das Reichsamt für Wirtschaftsausbau als Forschungsbehörde im NS-System. Überlegungen zur neuen Staatlichkeit des Nationalsozialismus*, in: *Technikgeschichte* 82 (2015), Nr. 3, S. 225–252.

tion hervorgehoben. Diese Elemente hebelten den klassisch-modernen Staat aus, da verfassungsrechtlich geregelte Kompetenzen zwischen Institutionen und überpersönliche Verwaltungswege aufgelöst worden seien<sup>3</sup>. Daher greife auch die bisherige Polykratie-Theorie (als Pendant einer vermeintlich zentralistischen, monokratischen Herrschaft) zu kurz, solange man die einzelnen Herrschaftssäulen NS-Bewegung, Industrie, Wehrmacht und Ministerialbürokratie unverbunden nebeneinander stelle<sup>4</sup>. Diese Reduktion verschließe den Zugang zu den Mechanismen und Praktiken der durchaus in einem engen Zusammenhang stehenden Institutionen des NS-Staates und zu deren Kommunikation untereinander.

Der Terminus „Neue Staatlichkeit“, den Hachtmann selbst als eine „terminologische Krücke“ bezeichnete<sup>5</sup>, mag als Beschreibung für eine Diktatur irreführend sein, die einem „permanenten Wandel, Maßnahme- und Mobilisierungszustand“ ausgesetzt war<sup>6</sup>. Denn mit dem Ziel, sich von einem affirmativen Staatsverständnis zu lösen, suggeriert der Begriff der „Staatlichkeit“ – ob nun neu oder alt – eine gleichfalls feste politische Ordnung, die eigentlich infrage gestellt wird. Allerdings – und das ist unser Verständnis von „Neuer Staatlichkeit“ – hat dieses Konzept den Vorteil, dass es im Sinne eines offenen Polykratie-Modells nicht bloß die systemimmanenten Rivalitäten des NS-Systems, sondern ebenfalls „das Miteinander sowie die stabilisierenden und mobilisierenden Wirkungen von Interaktion und Konkurrenz im Blick behält“<sup>7</sup>. In diesem Sinne konstatierte auch Bernhard Gotto, dass „Polykratie [...] ihre eigenen, ordnungsstiftenden Regelmechanismen“ hervorbrachte<sup>8</sup>. Man könnte wie Jürgen John zwar die neu- und maßnahmenstaatlichen Funktionszuwächse im Nationalsozialismus gleichsetzen, würde dadurch aber verkennen, dass die auf Ernst Fraenkel zurückgehende Beschreibung das NS-System vom Ausnahmezustand her dachte<sup>9</sup>. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass das Nebeneinander von Partei und Staat in der nationalsozialistischen Polykratie nur ein scheinbarer Widerspruch war. Vielmehr waren „die Ämterivalität und das Hineinregieren von Parteiinstanzen in die Verwaltung, [...] für Bürokratien in einer politisierten Umwelt nicht ungewöhnlich und brachte[n] Organisationsformen hervor, die aus heutiger Sicht nahezu postmo-

<sup>3</sup> Vgl. Rüdiger Hachtmann, *Allerorten Mobilisierung? Vorschläge, wie mit Schlagworten in der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte der NS-Diktatur umzugehen ist*, in: Werner (Hrsg.), *Mobilisierung*, S. 69–83, hier S. 77–83.

<sup>4</sup> Vgl. Rüdiger Hachtmann, „Systemverfall“ oder „Neue Staatlichkeit“? Thesen zur Struktur des NS-Regimes, in: Frank Bösch/Martin Sabrow (Hrsg.), *ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung 2011, Göttingen 2012*, S. 89–100, hier S. 90.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 89.

<sup>6</sup> Jürgen John, *Mobilisierung als Charakteristikum des NS-Systems?*, in: Werner (Hrsg.), *Mobilisierung*, S. 29–57, hier S. 51.

<sup>7</sup> Ebenda S. 53.

<sup>8</sup> Bernhard Gotto, *Polykratische Selbststabilisierung. Mittel- und Unterinstanzen in der NS-Diktatur*, in: Hachtmann/Süß (Hrsg.), *Hitlers Kommissare*, S. 28–50, hier S. 47.

<sup>9</sup> Vgl. Michael Wildt, *Die Transformation des Ausnahmezustands. Ernst Fraenkels Analyse der NS-Herrschaft und ihre politische Aktualität*, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hrsg.), *50 Klassiker der Zeitgeschichte*, Göttingen 2007, S. 19–23.

dern und daher recht vertraut anmuten“<sup>10</sup>. Das Leitmotiv dieser neueren Ansätze ist demnach nicht die Abkehr von der Polykratie. Vielmehr sollen sowohl die destabilisierenden Faktoren in der nationalsozialistischen Herrschaftsorganisation als auch die selbststabilisierenden und selbstmobilisierenden Eigenschaften ergründet werden.

Im Rahmen dieser neueren Forschungen ist die Einbindung einer Säule, nämlich der Streitkräfte, in das NS-Herrschaftsgefüge vernachlässigt worden. Die Position und Funktion der Wehrmacht im Mächtegeflecht des NS-Staates wurde bisher vielfach als passiv oder auf den Bereich Kriegführung beschränkt wahrgenommen. Es stellt sich die Frage, ob es Initiativen von Personen, Gruppen und Organisationen in der Wehrmacht gab, die auf die dynamischen Mechanismen der „Neuen Staatlichkeit“ reagierten, diese adaptierten und zur Umsetzung eigener Ziele einsetzten<sup>11</sup>? Einiges deutet darauf hin, dass die Konkurrenz, die Personalisierung und die Informalisierung der „Neuen Staatlichkeit“ nicht allein einen zunehmenden Konkurrenzdruck zur Folge hatte, sondern auch dazu führte, dass formelle Grenzen zwischen rein zivilem und genuin militärischem Bereich durchbrochen wurden – zudem kam es zu einer partiellen Aufhebung der bisherigen sozialen Ordnung im Offizierkorps.

Diese These soll exemplarisch anhand der Biografie zweier Wehrmachtgeneräle, Generalleutnant Ludwig Ritter von Radlmaier (1887–1943) und Generalleutnant Adolf von Schell (1893–1967), erhärtet werden. Beide verfügten über einen ähnlichen Werdegang, beide hatten sich weit vor Beginn des Zweiten Weltkriegs in teils öffentlichkeitswirksamer Weise hervorgetan. Sowohl Schell als auch Radlmaier zählten während der Aufrüstung der Wehrmacht zu den zentralen Akteuren in der Organisation und Mobilisierung der Kraftfahr- und Panzertruppe. Aufbauend auf mehrmonatigen Aufenthalten in den USA bestimmten ihre Ideen maßgeblich die späteren Kriegseinsätze. Damit gehörten sie zu den Befürwortern einer modernen Kriegführung, denen die NS-Propaganda besondere Aufmerksamkeit schenkte und die sie zu Vorreitern eines neuen militärischen Zeitalters der Mobilität stilisierte<sup>12</sup>.

Das Eindringen von Kommissaren und Sonderbevollmächtigten machte seit spätestens Mitte der 1930er Jahre auch vor der Rüstungsbürokratie der Wehrmacht nicht Halt und setzte dort neue Dynamiken frei<sup>13</sup>. Schell avancierte 1938

<sup>10</sup> Reichardt/Seibel, Radikalität und Stabilität, in: Dies. (Hrsg.), *Der prekäre Staat*, S. 9; vgl. Rüdiger Hachtmann/Winfried Süß, Editorial, in: Dies. (Hrsg.), *Hitlers Kommissare*, S. 13 f.; vgl. auch Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 2000, S. 459.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Martin Moll, *Steuerungsinstrument im „Ämterchaos“? Die Tagungen der Reichs- und Gauleiter der NSDAP*, in: VfZ 49 (2001), S. 215–273, hier S. 273.

<sup>12</sup> Gleichsam verfielen sie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs infolge ihrer zunehmenden Distanz zur Institution Wehrmacht einer *damnatio memoriae* durch die Bewältigungsliteratur ehemaliger Wehrmachtgeneräle. Dies dürfte ihren verhältnismäßig geringen Bekanntheitsgrad erklären.

<sup>13</sup> So wurde z. B. Oberst Hermann von Hanneken, Chef des Stabes im Heereswaffenamt, am 20. 7. 1937 als Generalbevollmächtigter für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung bei der Vierjahresplanbehörde eingesetzt.

nicht nur zum Chef der dem Allgemeinen Heeresamt (AHA) unterstellten Amtsguppe Kraftfahrwesen, die unter anderem für die Motorisierungsfragen und den Kraftfahrzeugnachschub der Wehrmacht verantwortlich war, sondern 1938 auch zum Generalbevollmächtigten für das Kraftfahrwesen beim Beauftragten für den Vierjahresplan (GBK) und 1940 in Personalunion zum Unterstaatssekretär im Reichsverkehrsministerium. Diese Ämter machten ihn zum Befehlsempfänger von vier übergeordneten Stellen: von Hermann Göring, dem Beauftragten für den Vierjahresplan, von den Dienststellen des Befehlshabers des Ersatzheeres und des Allgemeinen Heeresamts im Oberkommando des Heeres (OKH) sowie vom Reichsverkehrsministerium. Schell stand somit exemplarisch für den sogenannten maßnahmenstaatlichen Funktionsbereich des NS-Herrschaftsgefüges<sup>14</sup>.

Ludwig von Radlmaier, der sich Ende der 1930er, Anfang der 1940er Jahre in einem Schlagabtausch mit den bürokratischen Organisationen im Heereswaffenamt und im Allgemeinen Heeresamt befand, profitierte indes vom Aufstieg Fritz Todts zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition. Als Feldzeug-Inspizient für das Panzerkampf- und Kraftfahrzeugwesen im OKH suchte Radlmaier den Kontakt zu Todt, der seinerseits den Zugriff auf die Panzerrüstung und damit eine erhebliche Beschneidung der Kompetenzen der Wehrmacht anstrebte. War die „nebenamtliche“, beratende Tätigkeit von Radlmaier bei Todt anfangs von der militärischen Rüstungsverwaltung zumindest noch geduldet, wurde dessen zunehmendes Engagement für den Rüstungsminister schnell als besorgniserregend angesehen. Als Radlmaier im Frühjahr 1941 während einer Besprechung auf dem Berghof in Begleitung des Reichsministers auftrat, war der *point of no return* erreicht und seine zügige Abschiebung zu Todt beschlossene Sache. Fortan war er Teil des Arbeitsstabs von Todt und forcierte mit seiner Tätigkeit die Verdrängung der Wehrmacht aus dem Rüstungssektor.

Vor dem Hintergrund dieser beiden Biografien fragen wir danach, welche Mechanismen und Praktiken unter dem Druck des sich wandelnden Herrschaftsgefüges zum Vorschein kamen. Warum nahmen Radlmaier und Schell nach einer recht gewöhnlichen militärischen Karriere in Monarchie, Republik und Diktatur die oben erwähnten Sonderrollen ein? Was befähigte sie dazu und wie kamen sie dorthin? Es gilt zu zeigen, dass informelle Praktiken auch durch Personen und Institutionen in der Wehrmacht adaptiert und Grenzen klassischer, militärischer Ordnung überschritten wurden. Damit löste sich die vermeintliche Homogenität des Offizierkorps zumindest teilweise auf.

## 2. Karrierewege

Für Radlmaier und Schell begann ihre militärische Sozialisation noch vor dem Ersten Weltkrieg. Während Radlmaier im Oktober 1906 in das in Freising stationierte 1. Jäger-Bataillon „König“ eintrat, wurde Schell im März 1914 in das Infanterie-Regiment „Herzog Ferdinand von Braunschweig“ (8. Westfälisches) Nr. 57 in

<sup>14</sup> Vgl. Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat. Recht und Justiz im „Dritten Reich“*, Frankfurt a. M. 1984, S. 21 u. S. 24.

Wesel aufgenommen<sup>15</sup>. Beide hatten sich schon früh dazu entschlossen, eine Karriere als Offizier einzuschlagen<sup>16</sup>. Im Ersten Weltkrieg dienten sie als subalterne Frontoffiziere und standen so den Erfahrungen des einfachen Troupiers weitaus näher als der Perspektive eines Generalstabsoffiziers, auch wenn Schell am Ende des Kriegs erste Einblicke in die Generalstabsarbeit erhalten hatte<sup>17</sup>. Aus ihrer Position, dauerhaft „im Feuer“ gestanden zu haben, erwuchs das Bestreben, künftig eine bedeutendere Rolle einzunehmen. Als ehemalige Frontoffiziere hatten sie nur geringe Chancen, nach 1918 in die personell stark reduzierte Reichswehr übernommen zu werden. Die bisherigen Qualifikationen sowie ihre Befähigung zum Stabs- bzw. Generalstabsoffizier empfahlen sie jedoch für eine weitere Verwendung. Radlmaiers Karriereweg entschied sich bereits recht früh, als er zu Beginn der 1920er Jahre in die 7. Kraftfahr-Abteilung versetzt wurde. Hier formierte sich eine Gruppe von Befürwortern einer umfassenden Heeresmotorisierung, die für die theoretischen Grundfragen, den operativen Einsatz sowie wesentliche Rüstungsaspekte der Panzerwaffe die entscheidenden Impulse gaben. Unter dem Kommando von Major Oswald Lutz fanden sich die Offiziere Heinz Guderian, Wilhelm Ritter von Thoma, Sebastian Fichtner und eben auch Ludwig Ritter von Radlmaier zusammen<sup>18</sup>.

Nach vier Jahren praktischer Tätigkeit im Truppendienst machte Radlmaier einen weiteren Karriereschritt. Mit der Berufung in die Inspektion der Verkehrstruppen (In 6) im Reichswehrministerium (RWM) Anfang 1927 nahm die Arbeit einen stärkeren organisatorischen und theoretischen Charakter an. Dies gab ihm Spielraum für langfristige Planungen zur technischen und theoretischen Entwicklung der Panzerwaffe<sup>19</sup>. Welche herausgehobene Position Radlmaier einnahm, macht seine Verwendung als Panzerreferent deutlich. Schon früh nutzte er seine Funktion, um Kontakte in die Wirtschaft aufzubauen und die Produktion von ersten Prototypen zu ermöglichen<sup>20</sup>.

<sup>15</sup> Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV (Kriegsarchiv), OP 61595. Hierbei handelt es sich um die Personalakte Ludwig von Radlmaiers aus seiner Zeit in Diensten des bayerischen Heeres. Demzufolge ist sie fast gänzlich auf die Zeit zwischen 1906 und 1920 beschränkt. Seine Personalakte der Reichswehr- und Wehrmachtzeit wurde aufgrund seines Todes im Jahr 1943 offenbar noch im Krieg kassiert. Sein Dienstverlauf ab 1921 lässt sich somit nur aus den entsprechenden Ranglisten erschließen. Zu Schell vgl. Bundesarchiv (künftig: BArch), MSG 109/5134, o. Bl.

<sup>16</sup> Vgl. Realgymnasium (Reformanstalt) und Realschule zu Düren. Jahresbericht über das Schuljahr Ostern 1913/14, S. 14.

<sup>17</sup> Vgl. Bernhard R. Kroener, Generationserfahrungen und Elitenwandel. Strukturveränderungen im deutschen Offizierskorps 1933–1945, in: Ders./Georges-Henri Soutou (Hrsg.), Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert – Strukturen und Beziehungen, Bd. 1, München 1994, S. 219–233, hier S. 230 f.

<sup>18</sup> Vgl. Dermot Bradley, Generaloberst Heinz Guderian und die Entstehungsgeschichte des modernen Blitzkrieges, Osnabrück 1978, S. 147 f.; vgl. auch Walther Nehring, Die Geschichte der deutschen Panzerwaffe 1916 bis 1945, Berlin 1995, S. 47.

<sup>19</sup> Vgl. Manfred Zeidler, Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit, München 1993, S. 190 f.

<sup>20</sup> Vgl. Klaus D. Patzwall, Die Ritterkreuzträger des Kriegsverdienstkreuzes 1942–1945. Eine Dokumentation in Wort und Bild, Hamburg 1984, S. 124 f.

Außerdem war Radlmaier eng eingebunden in die sich seit 1926 anbahnende Zusammenarbeit mit der Roten Armee im Bereich der Panzerentwicklung und -erprobung<sup>21</sup>. Bevor er 1929 selbst für drei Jahre die Leitung der Panzerschule Kama übernahm, wurde er für eine zweimonatige Forschungsreise in die USA entsandt. Während seines Aufenthalts bei der U.S. Army, der nur wenigen hochqualifizierten Offizieren der Reichswehr ermöglicht werden konnte, erhielt er detaillierte Einblicke in den aktuellen Stand der amerikanischen Panzertechnik und Panzerrüstung<sup>22</sup>.

Das bei seinen Aufenthalten in den USA und der Sowjetunion erworbene Wissen sowie die damit verbundenen eigenen Überlegungen münzte Radlmaier ab Ende der 1920er Jahre in Publikationen um. Dabei übernahm er eine führende Rolle im Motorisierungsdiskurs in der Reichswehr und hat neben den bis heute weitaus bekannteren Heinz Guderian und Walther Nehring wie kaum „ein anderer [...] seit dem Ende der 20er Jahre in Deutschland die Idee einer selbständigen Kraftfahrkampfftruppe publizistisch“ entschieden „verfochten“<sup>23</sup>. In Anlehnung an die einflussreichen Konzepte der britischen Militärtheoretiker John Fuller und Basil Liddell Hart befürwortete Radlmaier gemeinsam mit Lutz und Guderian den autonomen Einsatz von Panzerverbänden in Verbindung mit motorisierter Infanterie und Artillerie, die tiefe Stöße in den Raum vornehmen sollten, um die lineare Verteidigung des Feindes zu erschüttern<sup>24</sup>.

Schell durchlief zwischen 1920 und 1926 eine recht gewöhnliche militärische Laufbahn im Truppendienst. Erst im Rahmen der Führergehilfenausbildung ab 1926, die die angehenden Stabsoffiziere mit anderen Waffengattungen in Kontakt brachte, begann für Schell die Entwicklung zu einem Experten in Motorisierungsfragen<sup>25</sup>. Ende der 1920er Jahre traf Hauptmann von Schell in der Heeresabteilung des Truppenamts auf Major Guderian, der Fragen „der Truppentransporte auf Kraftwagen bearbeitete“<sup>26</sup>, und wurde dessen Referent. Ähnlich wie Radlmai-

<sup>21</sup> Vgl. Zeidler, Reichswehr und Rote Armee, S. 188–198.

<sup>22</sup> Radlmaier besuchte bei seinem Aufenthalt in den USA zahlreiche Produktions- und Werkstätten der Kraftfahrzeug- sowie Panzerindustrie und nahm an Vorführungen des *mechanized corps* teil. Für die Inspektion der Verkehrstruppen sowie das Heereswaffenamt fertigte er einen umfassenden Bericht mit zahlreichen Informationen zum technischen und organisatorischen Stand der US-amerikanischen Panzerwaffe an. BArch, RH 2/1822, Bl. 33–106. Bereits seit 1922 hatte es einen militärischen Austausch zwischen U.S. Army und Reichswehr gegeben. Vgl. hierzu ausführlich Michael Wala, Weimar und Amerika. Botschafter Friedrich von Prittwitz und Gaffron und die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1927 bis 1933, Stuttgart 2001, S. 181–294.

<sup>23</sup> Zeidler, Reichswehr und Rote Armee, S. 196 f.

<sup>24</sup> Vgl. Ritter Ludwig von Radlmaier, Neuzeitliche Kampfwagen, in: Der Kraftzug in Wirtschaft und Heer 11 (1929), S. 248–250; Neuzeitliche Kampfwagen (Fortsetzung), in: Der Kraftzug in Wirtschaft und Heer 12 (1929), S. 274–276; Neuzeitliche Kampfwagen (Schluß), in: Der Kraftzug in Wirtschaft und Heer 1 (1930), S. 10 f.

<sup>25</sup> BArch, MSg 109/5134, o. Bl.; vgl. Kurt Weckmann, Führergehilfenausbildung, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau 6 (1954), S. 268–277, hier S. 272; Rainer Wohlfeil, Heer und Republik, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Deutsche Militärgeschichte in sechs Bänden 1648–1939, Bd. 3, Abschnitt VI, München 1983, S. 11–303, hier S. 176 f.

<sup>26</sup> Heinz Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, Heidelberg 1951, S. 287.



er reiste Schell im August 1930 (und erneut 1937) für ein Jahr an die Infanterieschule in Fort Benning in den USA, um Einblicke in den Stand der Motorisierung, der Mechanisierung, der Produktionsabläufe beim Automobilkonzern General Motors und der Unterrichtsmethoden an der Infanterieschule zu bekommen<sup>27</sup>. Schells professionelles Profil nach seinen Aufenthalten in den USA, dem Dienst in der Heeresabteilung des Truppenamts sowie als Lehrer an der Kriegsakademie zwischen 1933 und 1936 waren im Juli 1936 Grundlage seiner Versetzung in die Inspektion 6 des Reichskriegsministeriums, wo er zunächst als Chef des Stabes, später dann als Chef der Inspektion der Panzertruppe und Heeresmotorisierung tätig war. Spätestens ab 1933 wurde das nationalsozialistische Regime zunehmend auf die Gruppe der Motorisierungsverfechter in der Reichswehr aufmerksam<sup>28</sup>. Auch Hitler begeisterte sich in besonderer Weise dafür<sup>29</sup>. Dies hatte sich schon während seiner Wahlkampagnen und der NSDAP-Parteitage deutlich gezeigt und trat auch bei der Eröffnung der Internationalen Automobil- und Motorradausstellung zutage. Bei einer Vorführung von Panzerwagen auf dem Truppenübungsplatz Kummersdorf soll Hitler gegenüber Guderian geäußert haben: „Das kann ich gebrauchen! Das will ich haben!“<sup>30</sup> Damit bestand zwischen der Gruppe um Lutz und Guderian sowie der neuen Regierung schon seit 1933 eine bedeutende Interessenidentität. Die Technik- und Motorisierungsbegeisterung verband Panzerenthusiasten und einflussreiche Gruppen im NS-Machtapparat<sup>31</sup>.

Die zunehmende Bedeutung ehemaliger Offiziere der 7. Kraftfahr-Abteilung zeigte sich bei Beginn der Aufrüstung in erster Linie institutionell. Im Juni 1934 wurde die Abteilung Kraftfahrtruppen als nunmehr selbstständiges Kommando der Kraftfahrtruppen aus der In 6 herausgelöst und im September 1935 in das

<sup>27</sup> BArch, RW 6/86, Bl. 47; vgl. zu Schells Aufenthalt an der Infanterieschule auch Jörg Muth, *Command Culture. Officer Education in the US Army and the German Armed Forces, 1901–1940, and the Consequences*, Denton, TX, 2011; Henry Ashby Turner, Jr., *General Motors and the Nazis. The Struggle for Control of Opel, Europe's biggest Carmaker*, New Haven/London 2005. Die deutsche Opel AG – während des „Dritten Reiches“ größter Automobilhersteller in Deutschland – zählte zum Besitz von General Motors. Vgl. die Ausführungen Schells in: *Die Motorisierung in Deutschland. Vornehmlich der Wehrmacht? Von Sommer 1936 bis Sommer 1942*, in: BArch, RH 12–6/23, Bl. 4 f.

<sup>28</sup> Vgl. exemplarisch die Verbindung zwischen Guderian, Lutz und dem Korpsführer des NSKK Adolf Hühnlein bei Dorothee Hochstetter, *Motorisierung und „Volksgemeinschaft“*. Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) 1931–1945, München 2005, S. 127 u. S. 253–257. Dorothee Hochstetter sei an dieser Stelle ausdrücklich für zahlreiche Anregungen zu diesem Aufsatz gedankt.

<sup>29</sup> Zur NS-Motorisierungspolitik und den ideologischen Ambivalenzen gegenüber einer umfassenden Motorisierung innerhalb der NS-Bewegung vgl. Hochstetter, *Motorisierung und „Volksgemeinschaft“*, S. 151–176.

<sup>30</sup> Karl J. Walde, Guderian, Frankfurt a. M. u. a. 1976, S. 44.

<sup>31</sup> Vgl. Robert O'Neill, *Deutschland und die Anwendung militärischer Gewalt im 20. Jahrhundert*, in: Ernst-Willi Hansen/Gerhard Schreiber/Bernd Wegner (Hrsg.), *Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs*. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, München 1995, S. 131–142, hier S. 137 f.

Kommando der Panzertruppen umbenannt<sup>32</sup>. Lutz wurde gleichzeitig zum Inspekteur der Kraftfahrtruppen und Heeresmotorisierung ernannt und berief Fichtner in die Inspektion. Radlmaier avancierte im Sommer 1934 zum Kommandeur des Kraftfahr-Lehrkommandos Ohrdruf und baute in dieser Position gemeinsam mit von Thoma den „Ausbilderstamm der gesamten neuen deutschen Panzertruppe“ auf<sup>33</sup>.

Als die Panzerenthusiasten die Erkenntnisse, die sie während des Spanischen Bürgerkriegs gewonnen hatten, in organisatorische, materielle und operative Formen gießen wollten, stießen sie jedoch auf erhebliche Widerstände in der Reichswehr- bzw. Wehrmachtführung. Die Gründe für diese ablehnende Haltung waren zahlreich und beinhalteten neben wirtschaftlichen Bedenken auch das natürliche Konkurrenzverhalten anderer Waffengattungen wie der Kavallerie, die sich gegen ihren schwindenden Einfluss zur Wehr setzte<sup>34</sup>. Insbesondere das AHA opponierte gegen die Aufstellung von zusätzlichen Verbänden für die Panzerwaffe, die im März 1935 auf drei Divisionen begrenzt worden war. Der Chef des Allgemeinen Heeresamts, Generalmajor Friedrich Fromm, avancierte zu einem erbitterten Gegner der Gruppe um Lutz und Guderian, deren institutionelle Stellung sich unter dem wohlwollenden Einfluss Hitlers ständig verbesserte. So hatte Hitler nach dem Besuch der Panzermanöver im Sommer 1935 Lutz zum Kommandierenden General der Panzertruppen ernannt und ihn damit der bisherigen Kommandogewalt Fromms entzogen<sup>35</sup>.

In dieser Auseinandersetzung prallten nicht zuletzt ein operativer und ein organisatorischer Berufshabitus aufeinander<sup>36</sup>. Die Vertreter einer umfassenden

<sup>32</sup> Vgl. Bradley, Generaloberst Heinz Guderian, S. 177; Nehring, Die Geschichte der deutschen Panzerwaffe, S. 111; allgemein zu den organisatorischen Veränderungen vgl. Rudolf Absolon, Die Wehrmacht im Dritten Reich, Bd. 3: 3. August bis 4. Februar 1938, Boppard am Rhein 1975, S. 150 u. S. 152; ders., Die Wehrmacht im Dritten Reich. Bd. 4: 5. Februar 1938 bis 31. August 1939, Boppard am Rhein 1979, S. 191 u. S. 199.

<sup>33</sup> Vgl. Nehring, Die Geschichte der deutschen Panzerwaffe, S. 111.

<sup>34</sup> Als Grund für die Ablehnung der Panzerwaffe wird häufig auch ein weit verbreiteter Technikskeptizismus angeführt. Diese Annahme beruht erheblich auf der Memoirenliteratur und Beherrschung des öffentlichen Diskurses in der Nachkriegszeit durch Heinz Guderian, der bis heute seine Wirkung auf die Forschungsliteratur zur Panzerwaffe nicht verfehlt. Beck und Fromm, die den Krieg durch ihre Rolle am 20. Juli 1944 nicht überlebten, werden in diesem Zusammenhang überkommene, restaurative Positionen zugewiesen. Vgl. Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, S. 26 u. S. 31; Wilhelm Deist, Die Aufrüstung der Wehrmacht, in: Ders. u. a., Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (DRZW), Bd. 1: Ursachen und Voraussetzungen der deutschen Kriegspolitik, Stuttgart 1979, S. 371–532, hier S. 426–431; kritisch dagegen Michael Geyer, German Strategy in the Age of Machine Warfare, 1914–1945, in: Peter Paret/Gordon A. Craig/Felix Gilbert (Hrsg.), Makers of Modern Strategy from Machiavelli to the Nuclear Age, Princeton 1986, S. 527–597, hier S. 558; Robert Citino, The Path to Blitzkrieg. Doctrine and Training in the German Army, 1920–1939, London 1999, S. 201 f.

<sup>35</sup> Vgl. Bernhard R. Kroener, „Der starke Mann im Heimatkriegsgebiet“. Generaloberst Friedrich Fromm. Eine Biographie, Paderborn 2005, S. 247–251.

<sup>36</sup> Vgl. dazu ebenda, S. 15 u. S. 402; kritisch dazu Klaus-Jürgen Müller, Generaloberst Ludwig Beck. Eine Biographie, Paderborn u. a. 2008, S. 25–27. Der Gegensatz zwischen Logistikern/Managern und Operateuren bestand darin, dass Erstere für die Ressourcenmobilisierung, Letztere für die militärischen Operationen verantwortlich zeichneten.



Panzerrüstung erwarteten durch den Einsatz zahlenmäßig großer Verbände die operative Aufhebung des als traumatisch empfunden Stellungskriegs in einem „Durchbruchsangriff“<sup>37</sup>. Fromm hatte aufgrund seiner Funktion als Organisator hingegen die großen materiellen und personellen Kosten im Blick, die durch das Deutsche Reich auch mittelfristig nicht gedeckt werden konnten<sup>38</sup>. Die Konfrontation zwischen Lutz, Guderian und auch Radlmaier auf der einen Seite sowie dem AHA auf der anderen Seite entwickelte sich von einem anfangs nur latent gespannten Verhältnis zu einem Dauerkonflikt, der mit Beginn des Kriegs seine ganze Brisanz offenbarte.

Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die ehemaligen Weggefährten Guderian und Schell bereits entzweit. Während Guderian seit Juni 1934 als Chef des Stabes der Inspektion der Kraftfahrkampftuppen stets darauf gedrängt hatte, „gepanzerte Stoßarmeen“<sup>39</sup> aufzustellen, lehnte Schell dies als Chef des Stabes der dem Allgemeinen Heeresamt unterstellten Inspektion der Panzertruppen und der Heeresmotorisierung (In 6) ab. Schell fand hierbei vor allem in AHA-Chef Friedrich Fromm einen im logistischen Zentrum der Wehrmacht erstarkenden Mitstreiter, der angesichts der personellen und materiellen Probleme bei der Aufrüstung der Wehrmacht keine einseitige Privilegierung der Panzertruppe wünschte, wenn im Gegenzug keine ausreichende Heeresmotorisierung gewährleistet war<sup>40</sup>. Mit welcher Schärfe die Auseinandersetzung vor Kriegsbeginn 1939 geführt wurde, zeigt ein Eintrag im Diensttagebuch des Chefs des AHA vom 26. August 1938: „Kampf gegen das Panzer-Korps (Lutz), das sich dauernd als Inspektion aufspielen wollte. Dadurch Durcheinander.“<sup>41</sup> Allein durch diese Anmerkung wird deutlich, dass in den Kämpfen um die Panzerrüstung bereits früh institutionelle Grenzen dauerhaft ignoriert und übertreten wurden und diese Grenzübertretung zu einem strukturellen Bestandteil der Institution Panzer-Korps wurde, um sich gegenüber Konkurrenten und Gegenspielern durchzusetzen und zu behaupten.

<sup>37</sup> Vgl. Ritter Ludwig von Radlmaier, Panzerfragen, in: Die Kraftfahrkampftuppe 2 (1938), Nr. 9, S. 323–327, hier S. 325.

<sup>38</sup> Vgl. Kroener, Der starke Mann, S. 247–251.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 248.

<sup>40</sup> Vgl. Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, S. 30 f.; Kroener, Der starke Mann, S. 248–251.

<sup>41</sup> Diensttagebuch Chef des Stabes des Allgemeinen Heeresamtes/Chef des Stabes beim Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres (DTB), Eintrag vom 26. 8. 1938. Die Zitate sind dem „Diensttagebuch des Chefs des Stabes beim Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres“ entnommen, das in Kooperation mit dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) am Lehrstuhl Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt an der Universität Potsdam (DFG-Förderung) ediert und voraussichtlich 2017 erscheinen wird. Die 23 handschriftlichen Bände befinden sich für die Dauer der Bearbeitung im Besitz der Herausgeber. Vor allem der informelle Charakter des Diensttagebuchs verleiht der Quelle ihre hohe Relevanz für zahlreiche Themenschwerpunkte des Verhältnisses zwischen Wehrmacht und NS-Staat. Zur besseren Lesbarkeit der Zitate des Diensttagebuchs wurden die darin zahlreich benutzten Abkürzungen stillschweigend aufgelöst.

Schon zwei Monate zuvor war im AHA vor Guderian gewarnt worden, der als Nachfolger von General Oswald Lutz<sup>42</sup> seit Februar 1938 das XVI. Armeekorps kommandierte<sup>43</sup>. In dieser Funktion hatte Guderian versucht, seinen Einfluss auf die Panzerverbände der Wehrkreise XVII und XVIII auszuweiten. Unter dem Verweis auf Oswald Lutz äußerte sich das Allgemeine Heeresamt alarmiert: „Unterstellung der 4. leichten u. 2. Panzer-Division außer unter Gruppenkommando 5 auch noch am langen Zügel unter XV. u. XVI. Armee-Korps lehnt AHA ab. (Lutz redivivus).“<sup>44</sup> Sofort wurde beim Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Walther von Brauchitsch, Einspruch mit der Absicht erhoben, Guderians Vorstoß bereits im Keim zu ersticken<sup>45</sup>.

Einen neuerlichen Angriff auf seine Kompetenzen verzeichnete das AHA im November 1938, als Guderian auf Befehl Hitlers zum Chef der Schnellen Truppen berufen wurde. Mit dieser Dienststelle entstand „im Stile der nationalsozialistischen Herrschaftspraxis eine zusätzliche Funktion“, deren „Kompetenzen zuvor nicht ausreichend abgestimmt worden waren“<sup>46</sup>. Zwar fiel die Ausarbeitung der Dienstangewiesung – dafür war in erster Linie Schell zuständig – in die Hände des Allgemeinen Heeresamts, das Guderian auf einen Posten ohne jede Kommandogewalt abschieben wollte<sup>47</sup>. Die Ermächtigung durch einen „Führerauftrag“ sowie seine Nähe zu Hitler ermöglichten es Guderian dennoch, seine Forderungen durchzusetzen. Guderian war damit der „Ausbruch [...] aus der traditionellen Heereshierarchie“ gelungen<sup>48</sup>.

Das war jedoch kein Einzelfall, sondern symbolisierte vielmehr das zunehmende Eindringen neustaatlicher Praktiken in den Bereich der Heeresrüstung. Ein ähnlicher Coup war im Juli 1937 auch Oberst Hermann von Hanneken gelungen, als die Situation auf dem Stahlmarkt infolge der Rüstungsanstrengungen ins Chaos abzugleiten drohte. Um eine Krise zu verhindern, war Hanneken – ehemals Chef des Stabes im Heereswaffenamt – von Hermann Göring zum Bevollmächtigten für die Eisen- und Stahlbeschaffung ernannt worden<sup>49</sup>. Aber auch Hanneken vermochte die Kluft zwischen den Rüstungsplanungen und den vorhandenen materiellen Ressourcen auf Dauer nicht zu überbrücken.

Schells Karriere verwies in eine ähnliche Richtung. Er avancierte im November 1938 zum Chef der Waffenabteilung der Panzertruppe, Kavallerie und Heeresmotorisierung im AHA und unterstand somit Guderian, der die Abteilung Schells als

<sup>42</sup> Lutz Absetzung sowie Verabschiedung wird zumeist mit der sogenannten Blomberg-Fritsch-Krise in Verbindung gebracht. Vgl. Nehring, Die Geschichte der deutschen Panzerwaffe, S. 98.

<sup>43</sup> Das im Februar 1938 gebildete XVI. Armeekorps kommandierte keinen eigenen Wehrkreis, sondern war als Stab zur Führung der drei Panzerdivisionen gebildet worden. Vgl. Georg Tessin, Deutsche Verbände und Truppen 1918–1939, Osnabrück 1974, S. 220.

<sup>44</sup> DTB, Eintrag vom 8. 7. 1938.

<sup>45</sup> Vgl. DTB, Eintrag vom 11. 7. 1938.

<sup>46</sup> Kroener, Der starke Mann, S. 267.

<sup>47</sup> Vgl. ebenda, S. 267 f.; Guderian, Erinnerungen eines Soldaten, S. 53 f.

<sup>48</sup> Michael Geyer, Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936, Wiesbaden 1980, S. 445.

<sup>49</sup> Vgl. Ulrich Hensler, Die Stahlkontingentierung im Dritten Reich, Stuttgart 2008, S. 65–69.

Arbeitsstab nutzen konnte<sup>50</sup>. Gleichzeitig wurden Hitler, Generalfeldmarschall Hermann Göring und Propagandaminister Joseph Goebbels auf Schell aufmerksam. So wusste sich dieser mithilfe der Heeresführung gegen die Eingriffe Fritz Todts zu erwehren, der als Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen den Ausbau des Westwalls verantwortete und dem Heer die Lastkraftwagen streitig machte, von denen nie genug produziert werden konnten<sup>51</sup>. Darüber hinaus hatte Schell einige Male zwischen den Ansprüchen der Luftwaffe und denen des Heeres zu vermitteln versucht<sup>52</sup>. Noch im September 1938 hatte die Inspektion der Panzertruppe und Heeresmotorisierung auch formal die Kraftfahrzeugversorgung der beiden anderen Wehrmachtteile übernommen<sup>53</sup>. In dieser Situation befahl Hitler Schell Anfang November zu sich, um ihm vermutlich persönlich die Berufung zum Generalbevollmächtigten für das Kraftfahrwesen beim Beauftragten für den Vierjahresplan mitzuteilen<sup>54</sup>.

Hier wusste man zu berichten, dass Schell bereits „seit einigen Jahren im Oberkommando des Heeres die Fragen der Heeresmotorisierung bearbeitet“<sup>55</sup>. In seiner Funktion als Beauftragter für den Vierjahresplan wies Göring Oberst von Schell schließlich am 15. November 1938 an, „die Leistungsfähigkeit der Kraftfahrwirtschaft“<sup>56</sup> zu erhöhen. Goebbels war anfangs voll des Lobes für den Generalbevollmächtigten, den er bei der Vereinheitlichung der Fahrzeugtypen und bei der Rationalisierung der Automobilproduktion (dem sogenannten Schell-Plan<sup>57</sup>) unterstützen wollte<sup>58</sup>. Der Propagandaminister urteilte: „Er hat da in kurzer Zeit

<sup>50</sup> Vgl. Absolon, *Die Wehrmacht*, Bd. 4, S. 195 f.

<sup>51</sup> DTB, Einträge vom 18.6., 13.00 Uhr, 21.6., 10.45 Uhr, 6.9., 12.00 Uhr, 7.9., 10.00 Uhr, 17.9., 9.45 Uhr, u. 21.6.1938, 14.40 Uhr. Vgl. auch die Ausführungen bei Generaloberst Halder, *Kriegstagebuch*, Bd. 1: Vom Polenfeldzug bis zur Westoffensive, Stuttgart 1962, S. 180–182 (Eintrag vom 4.2.1940), mit dem warnenden Hinweis, so könne man keine Operationen durchführen.

<sup>52</sup> DTB, Einträge vom 13.6., 16.00 Uhr, 18.6., 13.00 Uhr, 18.8., 10.30 Uhr, u. 29.8.1938, 12.00 Uhr.

<sup>53</sup> *Die Motorisierung in Deutschland*, in: BArch, RH 12–6/23, Bl. 5; DTB, Eintrag vom 6.9.1938, 12.00 Uhr.

<sup>54</sup> DTB, Eintrag vom 1.11.1938, 16.00 Uhr. Das Treffen bei Hitler war für Freitag (4.11.1938) vorgesehen. Schells Ernennung zum Generalbeauftragten gab Hitler am 17.2.1939 in seiner Eröffnungsrede anlässlich der Internationalen Automobil- und Motorradausstellung in Berlin bekannt. Vgl. Max Domarus, *Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945*, Bd. 2/1, München 1965, S. 1082.

<sup>55</sup> So eine Notiz in: *Der deutsche Volkswirt* 8 (1938), S. 348, und ebenda 9 (1938), S. 378 f.

<sup>56</sup> BArch, R 26 VIII/4, Bl. 61 f.; vgl. Rüdiger Hachtmann, *Industriearbeit im „Dritten Reich“*. Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989, S. 72 f. Auch Dieter Petzina, *Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan*, Stuttgart 1968, S. 121, vermag über die genaueren Gründe nichts zu berichten. Die Dienstalterslisten A und B des Heeres zur Stellenbesetzung 1938 weisen etwa 650 Oberste auf. Schell stand in der militärischen Hierarchie somit nicht an exponierter Stelle.

<sup>57</sup> *Die Motorisierung in Deutschland*, in: BArch, RH 12–6/23, Bl. 18 (wie Anm. 30).

<sup>58</sup> Vgl. *Die Tagebücher von Joseph Goebbels*. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. von Elke Fröhlich, Teil 1: 1923–1941, Bd 6: August 1938–Juni 1939, München 1998, S. 208, Eintrag vom 3.12.1938.

sehr Erstaunliches geleistet. Macht einen guten und sachlichen Eindruck. Solche Männer sind mir sehr sympathisch.<sup>59</sup>

Für Unruhe sorgte Schells neue Position indes in der Wehrmacht- und Heeresführung, die nicht genau zu wissen schien, wem Schell eigentlich unterstand<sup>60</sup>. Schell selbst, der als Görings Generalbevollmächtigter zu handeln hatte<sup>61</sup>, gab gegenüber dem Allgemeinen Heeresamt bekannt, er habe von Göring erfahren, „als Sonderstab außerhalb des AHA und des Generalstabes, aber im Hause“<sup>62</sup> tätig zu sein. Damit einher ging eine von Göring verantwortete Pressekampagne, die die organisatorische Veränderung publik machte, und in den kommenden Monaten auch von Schell selbst genutzt wurde<sup>63</sup>.

Radlmaier war an diesen Entwicklungen vorerst nur peripher beteiligt. Als Kommandeur der Panzertruppenschule konnte er lediglich auf Umwegen Einfluss auf den umkämpften Rüstungssektor nehmen. Seine Stellung als Ehemaliger der 7. Kraftfahr-Abteilung, seine personellen Netzwerke sowie seine Beiträge in den Fachzeitschriften kennzeichnen ihn trotz der institutionellen Außenseiterposition weiterhin als aktives Mitglied der Lutz-Guderian-Gruppe<sup>64</sup>. Die Grabenkämpfe um die Stellung Guderians sowie die Auseinandersetzungen zwischen den Logistikern und den Operateuren der Panzerwaffe, die Radlmaier allein schon durch seine Tätigkeit an der Panzertruppenschule an der Seite Guderians sahen, dürften ihm durch die Funktion der Panzerschule als „Führungsstab und Lehrinrichtung“ en détail bekannt gewesen sein<sup>65</sup>. Eine fachlich sowie persönlich distanzierte Grundeinstellung gegenüber dem AHA, dessen nachgeordneten Institutionen sowie den dort tätigen Logistikern war somit kaum zu vermeiden.

Mit dem Bedeutungszuwachs der Panzerwaffe und ihrer populären Vertreter Lutz und Guderian war Radlmaier in das Fahrwasser des Erfolgs geraten und kam bei öffentlichen Auftritten nun häufiger in Kontakt mit Vertretern des NS-Regimes und der Rüstungsindustrie. Exemplarisch empfing Radlmaier gemeinsam mit dem Inspekteur der Panzertruppen und Heeresmotorisierung, Oberst Werner Kempf, im Frühjahr 1937 bedeutende Vertreter der Fahrzeug- und Stahlindustrie im Rahmen der Internationalen Automobilausstellung in Berlin<sup>66</sup>. Die Kontakte

<sup>59</sup> Ebenda, S. 239, Eintrag vom 25. 1. 1939.

<sup>60</sup> DTB, Eintrag vom 17. 11. 1938.

<sup>61</sup> BArch, R 26 VIII/4, Bl. 61 f.

<sup>62</sup> DTB, Eintrag vom 17. 11. 1938.

<sup>63</sup> Vor allem zwischen Schells Ernennung zum Generalbevollmächtigten im November 1938 und Anfang 1941 finden sich in diversen Zeitungen Beiträge von und über Schell, so beispielsweise im Völkischen Beobachter, der Berliner Börsen-Zeitung oder dem Wirtschaftspolitischen Dienst. Vgl. exemplarisch die Artikel in: BArch, NS 5 VI/17716, Bl. 99, Bl. 101, Bl. 105 u. Bl. 107, oder BArch, R 8034 III/411, Bl. 70, Bl. 73 u. Bl. 75.

<sup>64</sup> Vgl. Ritter Ludwig von Radlmaier, Panzerfragen, in: Die Kraftfahrkampftruppe 2 (1938), Nr. 9, S. 323–327; ders., Kampfschule der Panzer, in: Die Kraftfahrkampftruppe 2 (1938), Nr. 11, S. 404–406.

<sup>65</sup> Vgl. Helmut Ritgen, Die Schulen der Panzertruppen des Heeres 1918 bis zum Aufbau der Bundeswehr, Celle 1992, S. 23.

<sup>66</sup> Vgl. Die Kraftfahrkampftruppe 1 (1937), Nr. 3, S. 77.

und Erfahrungen im Umgang mit zivilen Vertretern der Rüstungsindustrie ebneten ihm wie auch Schell den Weg zu anderen Akteuren der Rüstungsbürokratie.

Dass Offiziere wie Schell und Radlmaier 1938 die besondere Protektion und Förderung des NS-Regimes genossen, war indes kein Zufall. Schon Martin Broszat diagnostizierte für dieses Jahr eine Zäsur, die vom Übergang zu einer expansiven Kriegspolitik gekennzeichnet war. Es setzte nun ein „Akzelerationsprozeß politischer Aggressivität und Radikalisierung ein, der eng mit einer beschleunigten Umschichtung der inneren Macht- und Kompetenzverhältnisse, vor allem mit der progressiven Entmachtung der konservativ-autoritären Staatsstützen verbunden war“<sup>67</sup>. Hitler selbst hatte am 5. November 1937 vor der Wehrmachtsführung von der „baldigen Lösung des Raumproblems“ gesprochen und damit den Kurswechsel angekündigt<sup>68</sup>. Voraussetzung für eine expansive Außen- und Kriegspolitik waren jedoch die entsprechenden militärischen Machtmittel, die freilich immer schwerer zu beschaffen waren<sup>69</sup>. Vor allem die Rüstungsbürokratie in Wehrmacht und Heer hatte wiederholt vor dem Tempo der Aufrüstung sowie den damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen gewarnt<sup>70</sup>. Für die Spitzen des NS-Regimes stand somit zu befürchten, dass es schon früh durch „bürokratische Regierungsapparate und -normen eingeeengt“ würde<sup>71</sup>. Um die Widerstände in der Rüstungsbürokratie zu umgehen und den wirtschaftlichen Krisen zu begegnen, wurden innerhalb weniger Monate zahlreiche neue Dienststellen geschaffen<sup>72</sup>. Dieser „ersten Generation von Bevollmächtigten“ gehörten auffällig viele Offiziere an, die jedoch häufig nicht wegen ihrer Nähe, sondern wegen ihrer Distanz zu den etablierten Verwaltungsstrukturen ernannt wurden.

<sup>67</sup> Broszat, *Der Staat Hitlers*, S. 432.

<sup>68</sup> Vgl. Norbert Frei, *Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945*, München 1989, S. 130.

<sup>69</sup> Vgl. Michael Geyer, *Rüstungsbeschleunigung und Inflation. Zur Inflationsdenkschrift des Oberkommandos der Wehrmacht vom November 1938*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 2 (1981), S. 121–186, hier S. 129–147.

<sup>70</sup> BArch, RW 1/29, Leiter WuW, Betr. Wirtschaftslage und Landesverteidigung, 18.5.1935, o. Bl.; BArch, RH 15/70, Allgemeines Heeresamt, Ausarbeitung über den Aufbau des Friedens- und Kriegsheeres, 1.8.1936, Bl. 111. Zur Denkschrift Fromms vgl. Kroener, *Der starke Mann*, S. 254–261.

<sup>71</sup> Broszat, *Der Staat Hitlers*, S. 433.

<sup>72</sup> Nachdem Göring im Juli 1937 bereits Hermann von Hanneken zum Bevollmächtigten für die Eisen- und Stahlbeschaffung ernannt hatte, wurden im Juli 1938 Carl Krauch zum Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung und Alfred Bentz zum Bevollmächtigten für die Erdölgewinnung berufen. Es folgten im September Heinrich Koppenberg als Sonderbevollmächtigter zur Herstellung der Ju 88, im November Oberst Adolf von Schell als Generalbevollmächtigter für das Kraftfahrwesen, im Dezember 1938 Karl Lange als Bevollmächtigter für die Maschinenerzeugung und Fritz Todt als Generalbevollmächtigter für die Bauwirtschaft, Just Dillgart als Generalbevollmächtigter für die deutsche Energiewirtschaft sowie Generalmajor Erich Fellgiebel in der Funktion des Sonderbeauftragten für technische Nachrichtenmittel.

### 3. In der „Neuen Staatlichkeit“

Im Umkreis des „Führers“ betrachtete man Oberst von Schell Anfang 1939 nicht mehr als einen rein zum militärischen Establishment zählenden Fachmann. Joseph Goebbels notierte zufrieden: „Eine wertvolle Erwerbung“<sup>73</sup>, und brachte damit gewissermaßen zum Ausdruck, dass Schells ursprüngliche Tätigkeit in der militärischen Rüstungsbürokratie durch die zivil-militärische Ämterkumulation überformt worden war. Das Aufgabengebiet des Obersten tangierte unweigerlich Belange des Reichsverkehrsministeriums, in die sich Schell als Generalbevollmächtigter einmischte. In einem Brief an Reichsverkehrsminister Julius Dorpmüller verwies er im September 1939 auf die „äußerst gespannte Reifenlage, wie auch die Betriebsstofflage“ und forderte, „auch im Bereich des zivilen Strassenverkehrs“ für „wirtschaftlichste Ausnutzung der Kraftfahrzeuge zu sorgen, um die notwendigen Bestände für die Erhaltung der Schlagkraft des Heeres zu sichern“. Schell schloss sein Schreiben mit der kritischen Bemerkung, man habe „den Eindruck, dass insbesondere im Werkverkehr der Bestand und die Ausnutzung der Kraftfahrzeuge noch nicht so sparsam erfolgt, wie das nach Lage der Dinge geboten erscheint. Es wird daher gebeten, gerade dieser Frage die besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.“<sup>74</sup> Es dauerte nur ein halbes Jahr, ehe Schell auch in den Verantwortungsbereich des Reichsverkehrsministeriums vordrang. Goebbels jubilierte: Schell „hat ganze Arbeit geleistet. [...] Das Verkehrswesen selbst hat im Allgemeinen versagt. Dorpmüller ist seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen. Das kommt einer verlorenen Schlacht gleich.“<sup>75</sup> Mit Wirkung vom 1. März 1940 wurde Schell von Hitler nicht nur zum Generalmajor ernannt, sondern auch zum Unterstaatssekretär im Reichsverkehrsministerium<sup>76</sup>. Diese Neuerung rief erneut Guderian auf den Plan, der beim Befehlshaber des Ersatzheeres (BdE) die Frage nach der Nachfolge Schells stellte, vermutlich ohne zu ahnen, dass Schell der Inspektion der Panzertruppe und Heeresmotorisierung treu blieb. Goebbels bezeichnete Schells Aufstieg als „wirklich verdiente Beförderung“<sup>77</sup>, und Göring begrüßte dessen Ernennung als „entscheidenden Schritt zur einheitlichen Betreuung und Ausrichtung des motorisierten Verkehrs“<sup>78</sup>.

<sup>73</sup> Die Tagebücher von Joseph Goebbels, T. 1, Bd. 6, S. 261, Eintrag vom 18. 2. 1939; Die Motorisierung in Deutschland, in: BArch, RH 12-6/23, Bl. 17. In seinen persönlichen Aufzeichnungen sagt Schell, es habe eine „enge dienstliche Berührung mit den Großen des Reiches bis zu Göring, Himmler, Goebbels und natürlich Hitler selbst“ gegeben. Adolf von Schell, Geschichte der Familie von Schell. Unveröffentlichtes Manuskript, 1953, S. 91. Kopie im Besitz des Verfassers.

<sup>74</sup> Schreiben Schells an den Reichsverkehrsminister, 29. 9. 1939, in: BArch, R 5/8097, o. Bl.

<sup>75</sup> Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Rußlands hrsg. von Elke Fröhlich, T. 1: 1923–1941, Bd. 7: Juli 1939–März 1940, München 1998, S. 297, Eintrag vom 6. 2. 1940.

<sup>76</sup> Archiv der Gegenwart 1940, S. 4461; Geschäftsverteilungsplan Reichsverkehrsministerium Juli 1940, in: BArch R 5/9300, Bl. 23; vgl. auch DTB, Eintrag vom 26. 2. 1940.

<sup>77</sup> Die Tagebücher von Joseph Goebbels, T. 1, Bd. 7, S. 341, Eintrag vom 9. 3. 1940.

<sup>78</sup> BArch, R 43 II/637, Bl. 275.



Die maßgeblichen Manager der Aufrüstung um General Fromm hatten damit zu spüren bekommen, wie der von ihnen protegierte und für ihre Belange tätige Generalbevollmächtigte seine Stellung außerhalb des AHA nutzte. Während Fromm im Dezember 1938 noch zuversichtlich gewesen war und Oberst von Schell einer italienischen Delegation als den Generalbevollmächtigten vorstellte, der die bisherige Desorganisation auf dem Gebiet der Motorisierung beheben sollte<sup>79</sup>, hatte Schell sehr schnell eigensinnige Bestrebungen gezeigt. Diese äußerten sich nicht nur darin, dass Schell seinem Gegenspieler Guderian Personal versagte, das für moderne Waffen fachlich qualifiziert war<sup>80</sup>, sondern – bei aller Interessenidentität mit den Zielen der Heeresführung – sich von dieser zu emanzipieren begann. Im Rahmen der Aufrüstung und der Kriegsvorbereitungen, die den maßgeblichen Stellen die Probleme bei der Beschleunigung der Rüstung und der Ausstattung mit Kraftfahrzeugen („Notschrei Schell“<sup>81</sup>) ebenso vor Augen führten wie die Nachteile einer „friedensmäßigen Kriegswirtschaft“<sup>82</sup> und der unzureichenden Kraftstoffversorgung<sup>83</sup>, setzte Schell einiges daran, seinen Weg weiterzugehen. Obwohl er sich anfangs noch gegen die Einmischung anderer Organisationen gewehrt hatte, setzte er nun auf Kooperationen mit den aufstrebenden Akteuren der „Neuen Staatlichkeit“. So vergab er am eigentlich zuständigen Heereswaffenamt vorbei selbstständig Entwicklungsaufträge für Panzerkampfwagen und Zugmaschinen<sup>84</sup>. In diesem wie auch in anderen Fällen schien Schell sich der Rückendeckung Hitlers sicher zu sein, dem er unter anderem neu konstruierte Selbstfahrlafetten vorführte und Hitler für die Produktion auch zu überzeugen wusste: „Führer will.“<sup>85</sup> In der Heeresführung war man ob dieser Alleingänge alles andere als erfreut. Der Chef des Generalstabs reagierte „sehr ungehalten“<sup>86</sup>. Der Oberbefehlshaber des Heeres monierte die Umgehung des Waffenamts und forderte, den Motorisierungsexperten an die kurze Leine zu nehmen: „Schell geht eigene Wege! Aufpassen! Scharf anfassen!“<sup>87</sup>

<sup>79</sup> DTB, Eintrag vom 15. 12. 1938.

<sup>80</sup> DTB, Einträge vom 29. 12. 1938 u. 16. 4. 1939. Die Gegensätze zwischen Schell und Guderian gingen anscheinend so weit, dass man seitens der Heeresführung versuchte, direkte Zusammentreffen der beiden Konkurrenten zu vermeiden. Bei den am 1. 3. 1941 geplanten Vorführungen im Beisein Görings in Wünsdorf war ein Aufeinandertreffen von Schell und Guderian „unerwünscht“. Vgl. DTB, Eintrag vom 28. 2. 1941.

<sup>81</sup> DTB, Eintrag vom 5. 8. 1939.

<sup>82</sup> DTB, Eintrag vom 13. 9. 1939; Bernhard R. Kroener, Die personellen Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939–1942, in: Ders. u. a., DRZW, Bd. 5/1: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs, Stuttgart 1988, S. 693–1001, hier S. 696.

<sup>83</sup> DTB, Einträge vom 27. 4., 22. 10., 10. 45 Uhr u. 22. 12. 1939. Vgl. allgemein dazu Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007, S. 364.

<sup>84</sup> DTB, Eintrag vom 25. 9. 1939, 14.00 Uhr.

<sup>85</sup> DTB, Einträge Schell vom 2. 1., 8. 1. u. 10. 1. 1940.

<sup>86</sup> DTB, Eintrag Schell vom 10. 1. 1940.

<sup>87</sup> DTB, Eintrag vom 13. 1. 1940, 11.00 Uhr.

Gleichermaßen eigene Wege ging Schell auch bei der Zuteilung des vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) kontingentierten Stahls sowie bei der Schrottgewinnung. Um größtmögliche Freiheiten zu haben und über ein eigenes Kontingent verfügen zu können – ein Privileg, das eigentlich nur den drei Wehrmachtteilen Heer, Luftwaffe und Kriegsmarine zustand – überspielte Schell das dafür zuständige Heereswaffenamt<sup>88</sup>. Ähnliche Auseinandersetzungen fanden unter dem Dach der Vierjahresplanbehörde statt: In dem Geflecht aus Vierjahresplan, Wehrmacht und Wirtschaft ordnete der Generalbevollmächtigte für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung, Hanneken, an, dass alle Anweisungen über die Stahlbewirtschaftung ungültig seien, wenn sie nicht von seiner Dienststelle kämen. Schell konterte, indem er das Reichsverkehrsministerium wissen ließ, eine Anwendung dieses Erlasses komme für seinen Zuständigkeitsbereich nicht infrage<sup>89</sup>.

Schell nahm zur selben Zeit davon Notiz, dass seine ehemaligen Verbündeten im Allgemeinen Heeresamt und beim BdE versuchten, auf ihn „aufzupassen“ und dass sich die Stimmung gegen ihn wandte. In aller Offenheit fragte er den Chef des Stabes beim BdE, ob man dort mit seiner Arbeit unzufrieden sei<sup>90</sup>. Grund genug hatten die Logistiker der Wehrmacht, die nicht nur vor dem Problem standen, trotz Material- und Personalmangels die Heeresverbände auszurüsten, sondern die sich auch gegen die aufstrebende Waffen-SS behaupten mussten. Anfangs hatte sich Schell noch der Interventionen von Himmlers Apparat zu erwehren versucht und dafür plädiert, die rasch wachsenden SS-Verbände mit altem Rüstungsmaterial, aber nicht mit Neuanfertigungen auszustatten. Doch das änderte sich. Schell nutzte seine Funktion als Generalbevollmächtigter mindestens bis Mitte 1940 dazu, um – wie man in der Umgebung Fromms empört zur Kenntnis nahm – der SS neueste Produktionen zur Verfügung zu stellen<sup>91</sup>. Der Heeresführung blieb nichts anderes übrig, als Schell anzuweisen, den neuen SS-Formationen keine weiteren Kraftfahrzeuge zur Verfügung zu stellen – eine Anweisung, die Schell aufgrund seiner vergleichsweise unabhängigen Position nicht zwangsläufig befolgen musste<sup>92</sup>.

Weniger rasch, aber genauso untypisch vollzog sich der Aufstieg Radlmaiers in die zivilen Rüstungsbereiche des Regimes. Während Guderian durch die Gunst Hitlers zum Chef der Schnellen Truppen aufstieg, wurde Radlmaier im November 1938 zunächst mit einem Truppenkommando betraut, das ihn bis zum Frühjahr 1940 in Anspruch nahm. Kurz vor Beginn des Angriffs auf Frankreich musste er im April 1940 das Kommando über die 4. Panzerdivision allerdings wieder ab-

<sup>88</sup> DTB, Einträge vom 20. 9. 1939, 8.45 Uhr, 22. 9. 1939, 11.20 Uhr, 5. 1. 1940, Vortrag, 11. 1. 1940, Oberst v. Schell, 24. 1. 1940; BArch, RW 19/163, Bl. 25.

<sup>89</sup> BArch, R 5/8162, Schriftwechsel Wirtschaftsgruppe Fahrzeugindustrie an Reichsverkehrsministerium vom 5. 12. 1939 und Antwort vom 12. 1. 1940, o. Bl.

<sup>90</sup> Vgl. DTB, Eintrag vom 22. 12. 1939.

<sup>91</sup> Vgl. DTB, Einträge vom 7. 11. 1939, Schell, vom 13.4., Koehler, und vom 20. 5. 1940, Besprechung.

<sup>92</sup> Vgl. DTB, Eintrag vom 7. 5. 1940.

geben, weil er unter den Folgen einer alten Kriegsverletzung litt<sup>93</sup>. So konnte er zusehen, wie andere seine Lehren vom massiven, selbstständigen Einsatz von Panzern mit dem Ziel operativer Durchbrüche in die Tat umsetzen.

Stattdessen begann für Radlmaier im Sommer 1940 ein neuer Lebensabschnitt, der einen Bruch mit seiner bisherigen Tätigkeit bedeutete. Diese zweite Karriere – heute fast vergessen – wurde im Diensttagebuch des AHA/BdE ungewöhnlich detailliert dokumentiert. Am 8. Juli 1940, knapp zwei Wochen nach Beendigung des Feldzugs gegen Frankreich, notierte Oberstleutnant Carl-Erik Koehler – noch ohne erkennbare Konnotation – in das Diensttagebuch: „Generalfeldmarschall Keitel: Minister Todt hat Radlmaier für 4 Wochen erbeten. Oberbefehlshaber des Heeres hat zugestimmt.“<sup>94</sup> Wenn Todt einen Panzerspezialisten anforderte, konnte das nur eines bedeuten: einen Angriff auf die Kompetenz des Heeres im Bereich der Panzerrüstung. Nachdem Todt – bisher Generalbevollmächtigter für die Regelung der Bauwirtschaft – im März 1940 zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition ernannt worden war, hatte er zu Lasten von OKH und OKW begonnen, seinen Einfluss auf alle Bereiche der Heeresrüstung auszudehnen<sup>95</sup>. Todt konnte sich dabei als Sonderkommissar weitestgehend auf die Rückendeckung Hitlers verlassen.

Noch im Frühjahr 1940 hatte der Munitionsminister seine Kompetenzen von der Versorgung mit Munition auch auf die Fertigung von Waffen und Panzern ausweiten können<sup>96</sup>. Todt zielte auf die Steigerung der Produktion und eine Ausweitung der Kapazitäten, die man in der NS-Führung der militärischen Rüstungsverwaltung nicht mehr zutraute. In dieser Absicht suchte Todt offenbar ganz gezielt den Kontakt zu Panzerspezialisten aus den Reihen des Militärs und traf sich Ende Juni 1940 mit Radlmaier in München, um mit ihm eine „Sonderaufgabe“ zu besprechen<sup>97</sup>. Der Offizier stellte sich offenbar ohne jegliche Scheu zur Verfügung. Dass Todts Wahl auf Ritter von Radlmaier fiel, hatte vor allem zwei Gründe: er war fachlich kompetent und verfügte über ein ausgezeichnetes Netzwerk in der Führungselite der Panzertruppe. Zudem stand er aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit nicht im Verdacht, ein dirigistischer Hardliner und Repräsentant einer militärischen Kommandowirtschaft zu sein. Dies machte ihn zu einem geeigneten Gesprächspartner für hochrangige Vertreter der Rüstungsindustrie, die nun stärker in die Rüstungssteuerung eingebunden wurden. Inwieweit bei dieser Verbin-

<sup>93</sup> Vgl. Joachim Neumann, *Die 4. Panzerdivision 1938–1943*, Bonn 1989, S. 89. Bereits im Spätsommer 1939 war Radlmaier in die sogenannte Führerreserve versetzt worden, hatte aber beim Heerespersonalamt unablässig um erneute Verwendung ersucht. Vgl. DTB, Einträge vom 13.9., 15.9. u. 2. 10. 1939.

<sup>94</sup> DTB, Eintrag vom 8. 7. 1940.

<sup>95</sup> Vgl. Tooze, *Ökonomie*, S. 395–410; Rolf-Dieter Müller, *Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegführung*, in: DRZW, Bd. 5/1, S. 347–689, hier S. 406–442; Dietrich Eichholtz, *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945*, Bd. 1, S. 118–132.

<sup>96</sup> Vgl. Percy Ernst Schramm (Hrsg.), *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940–1945*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1965, S. 85 E; Walter Rohland, *Bewegte Zeiten. Erinnerungen eines Eisenhüttenmannes*, Stuttgart 1978, S. 70 f.

<sup>97</sup> Daimler-Benz-Archiv, Bestand Werlin, 5/53, Betr. Besuch Generalinspekt. Dr. Todt im Werk Marienfelde, 1. 7. 1940. Für diesen Verweis sei hier ausdrücklich Conrad Michaels gedankt.

dung die ideologische Affinität Radlmaiers zum NS-Regime eine Rolle gespielt hat, lässt sich kaum beantworten. Sowohl bei ihm als auch bei Schell lassen die wenigen Quellen keine konkreten Aussagen zu. Ihre Selbstmobilisierung und ambitionierte Kooperation mit den Vertretern der Parteilite lässt aber deutlich erkennen, dass sie keine Berührungsgängste oder ausgeprägte, kritische Distanz zum NS-Regime hatten.

Die Frage, ob es schon früher Verbindungen zwischen Radlmaier und Todt gegeben hat, kann man ebenso wenig beantworten. Aufgrund der exponierten Stellung Radlmaiers in der Panzertruppe ist das allerdings nicht auszuschließen. In den Quellen deutlich greifbar ist dagegen die Einbeziehung Radlmaiers in Todts Sonderstab für den Bereich der Panzerrüstung<sup>98</sup>. Die Motive des Generals, zu einem zivilen Dienstherrn zu wechseln, der von vielen Kameraden als Usurpator empfunden wurde, mögen zahlreich gewesen sein. Der entscheidende Beweggrund war aber fraglos pragmatischer Natur: Radlmaier sah die Zukunft der Panzerrüstung eindeutig im Verantwortungsbereich Todts, nachdem die Stagnation der Produktion den verantwortlichen Institutionen der militärischen Rüstungsbürokratie, also dem Allgemeinen Heeresamt und dem Heereswaffenamt, angelastet worden war<sup>99</sup>. Der Entschluss Hitlers im Juli 1940, die Sowjetunion anzugreifen, sowie die damit verbundene Forderung, die Zahl der Panzerdivisionen zu verdoppeln, kam den Kritikern der militärischen Rüstungssteuerung entgegen<sup>100</sup>. Auch die bisherigen Erfahrungen Radlmaiers mit dem Allgemeinen Heeresamt aus der Perspektive des fachspezifischen Operators mussten zu einer erheblichen Skepsis gegenüber den fachfremden Logistikern und deren Arbeit führen; dies dürfte es Radlmaier ziemlich erleichtert haben, die ausgetretenen Pfade der militärischen Hierarchien zu verlassen. Er folgte also der Überzeugung, als Mitglied der Kommission Todts und wegen der damit verbundenen größeren Nähe zu Hitler die Interessen der Panzerspezialisten effektiver verfolgen zu können als bisher.

Todt schätzte dagegen Radlmaiers langjährige Truppenerfahrung und technische Sachkenntnis, die der General in seinem neuen Tätigkeitsgebiet „außerordentlich günstig“ einzusetzen wusste<sup>101</sup>. Im Auftrag des Reichsministers und in steter Verbindung mit General Guderian besuchte er die mit der Panzerherstellung beauftragten Rüstungsfirmen. Hier regte Radlmaier im Gespräch mit den

<sup>98</sup> Man hat es dabei mit einem charismatischen Sonderstab zu tun. Charismatische Verwaltungsstäbe – der charismatischen Herrschaft Max Webers folgend – berufen sich nicht auf die überpersönlichen Amtswege, sondern handeln nach dem Willen des charismatischen Herrschers und sind gleichfalls vom Eigenwillen der „Unterführer“ geprägt. Sie sind deshalb nicht strukturlos, aber unberechenbar, weil die Organisationsbeziehungen informell sind und Regelungen ad hoc entstehen. Vgl. Rüdiger Hachtmann, Chaos und Ineffizienz in der Deutschen Arbeitsfront. Ein Evaluierungsbericht aus dem Jahr 1936, in: VfZ 53 (2005), S. 43–78, hier vor allem S. 70–72; Müller, Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegführung, in: DRZW, Bd. 5/1, S. 486 f.

<sup>99</sup> Vgl. ebenda; Rohland, Bewegte Zeiten, S. 70 f.

<sup>100</sup> Vgl. exemplarisch die Ansicht des zivilen Ingenieurs Walter Rohland, in: Ebenda.

<sup>101</sup> BArch, N 118/2 (Nachlass Engel), Todt an Brauchitsch, 12. 9. 1940.

„Betriebsführern“ Verbesserungen im Produktionsablauf an und griff durch eine optimierte Zuweisung von Material und Arbeitskräften in den Herstellungsprozess ein. Somit intervenierte er durch seine Inspektionstätigkeit sowie die Steuerung von Ressourcen massiv in den bisher vom Heereswaffenamt verantworteten Bereich der Rüstungsorganisation.

Dass die „mit der Waffenherstellung und Munitionserzeugung befassten Stellen der Wehrmachtteile, der Verwaltung und der Wirtschaft“<sup>102</sup> an die Weisungen Todts gebunden waren, blieb auch für Schell nicht ohne Folgen, der Todt schon früh – und nicht zu Unrecht – als Konkurrenten betrachtet hatte. Doch Schell verstand es zunächst, eine informelle Allianz einzugehen. Schon nach dem Ende der Kampfhandlungen in Polen ergriff er für Todt – damals noch nicht Rüstungsminister – Partei und bekräftigte, dass dieser seinen Aufgaben angesichts der Forderungen des Heeres nicht nachkommen könne<sup>103</sup>. Nachdem Todt und Schell im Frühjahr 1940 einen doppelten Karrieresprung vollzogen hatten, äußerte sich der Minister positiv über den neuen Unterstaatssekretär, den er „als einen für diese Aufgaben besonders befähigten Herrn kennengelernt habe“<sup>104</sup>. Die Kooperation zwischen den beiden ging anfangs so weit, dass zusammen Waffenvorfürhungen abgehalten, Krafffahrzeug- und Betriebsstofflage abgestimmt sowie Arbeiten an Panzerprogrammen im Frühjahr 1941 koordiniert wurden<sup>105</sup>.

Schell nutzte seine Sonderrolle, um abseits der militärischen Rüstungsdienststellen gemeinsame Sache mit Todt zu machen. Dabei war es weniger der Generalmajor als vielmehr der Generalbevollmächtigte Schell, der versuchte, die mit der Motorisierung befassten Dienststellen für seine Organisation einzuspannen. Nicht umsonst findet sich im Dienstagebuch ein weiterer Eintrag des Chefs des Stabes bei Fromm, in dem es heißt, ein Brief Schells an Wilhelm Keitel bezwecke lediglich, Druck auf Keitel und das OKW auszuüben, damit der Krafffahrzeugfertigung im Kampf um die materiellen Ressourcen Vorrang eingeräumt werde<sup>106</sup>. Die programmatischen und pragmatischen Schnittmengen zwischen Schell und den Vertretern der Wirtschaft unter der Protektion Hitlers wurden immer größer: Beim BdE hatte man daher die Sorge, dass bei einem Treffen Hitlers, Schells und Ferdinand Porsches, der beim Rüstungsminister die sogenannte Panzerkommission leitete, Fromm nicht mit von der Partie sei<sup>107</sup>. Wie im Munitionssektor arbeiteten die verantwortlichen Stellen der Heeresrüstung beim Panzerbau nur noch zu. Schell selbst schwebte die Einrichtung eines „Motorisierungsministeriums“<sup>108</sup> vor, was man in der Form auch seitens der Heeresführung so wahrnahm. Die „Or-

<sup>102</sup> Reichsgesetzblatt 1940, T. 1, S. 514.

<sup>103</sup> DTB, Eintrag vom 30. 9. 1939, 9.30 Uhr; vgl. auch Halder, Kriegstagebuch, Bd. 1, S. 91, Eintrag vom 28. 9. 1939.

<sup>104</sup> Reichsminister Dr. ing. Fritz Todt, Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, an Herrn Hauptmann [Wilhelm] Benninghoff, 4. 4. 1940, in: BAArch, R 5/8088, o. Bl.

<sup>105</sup> DTB, Einträge vom 2. 4., 29. 4., 6. 5. u. 19. 6. 1941.

<sup>106</sup> DTB, Eintrag vom 26. 3. 1941.

<sup>107</sup> DTB, Eintrag vom 21. 5. 1941.

<sup>108</sup> Die Motorisierung in Deutschland, in: BAArch, RH 12-6/23, Bl. 6.

ganisation Schell<sup>109</sup>, wie man sie beim Chef der Heeresrüstung und Befehlshaber des Ersatzheeres im Mai 1941 nannte, war tief in die informellen Kooperationen involviert und wurde von verschiedenen Stellen der militärischen Rüstungsbürokratie aufgrund des Zugangs zu Todt und Hitler um Unterstützung gebeten<sup>110</sup>.

Radlmaiers Bestrebungen versuchte man seitens des Heeres dagegen einzudämmen. Als Chef der Heeresrüstung bemühte sich Fromm, Radlmaier institutionell einzurahmen und ihn in die Feldzeuginspektion zu versetzen, die dem AHA unterstand<sup>111</sup>. Dabei zeigte sich rasch, dass die Beziehung zwischen Radlmaier und Todt eine Dynamik gewonnen hatte, die von Fromm kaum noch zu kontrollieren war. Zwar wurde Radlmaier formell dem Allgemeinen Heeresamt zugeteilt, doch sah er sich Todts Ideen weitaus stärker verpflichtet als den Vorstellungen seiner Standesgenossen. Schon Mitte August 1940 wurden aus „Parteikreisen“ Warnungen an das Waffenamt herangetragen, dass sich Radlmaier als Vertreter Todts aktiv an der Abtrennung des Beschaffungssektors beteilige, der bislang dem Heereswaffenamt unterstand<sup>112</sup>. Damit unterminierte er auch die Kompetenzen Fromms als Chef der Heeresrüstung. Radlmaier schlug sich also eindeutig auf Todts Seite und beteiligte sich aktiv an der Auflösung von bislang gültigen, traditionellen Verwaltungsstrukturen. Fromm verfügte daraufhin die Ablösung Radlmaiers, um im Interesse seiner Autorität in Fragen der Heeresrüstung der Situation wieder Herr zu werden. Nachdem Todt davon erfahren hatte, ging er in der Personalie Radlmaier seinerseits in die Offensive und bat in einem Schreiben an den Oberbefehlshaber des Heeres, Brauchitsch, zumindest um eine Verlängerung von Radlmaiers Kommandierung bis zum Frühjahr 1941<sup>113</sup>. Parallel – und hier zeigen sich exemplarisch die informellen Kommunikationspraktiken, wie sie für die „Neue Staatlichkeit“ typisch waren, wandte sich Todt in einem Brief an den Heeresadjutanten Hitlers, Hauptmann Gerhard Engel, und bat ihn darum, seine Wünsche in Sachen Radlmaier gegenüber Hitler zu vertreten<sup>114</sup>.

Aus der militär-bürokratischen Perspektive hatten sich Radlmaier und Schell durch ihre informellen Verbindungen zu den Akteuren der „Neuen Staatlichkeit“ der ordnungsstiftenden Hierarchie des Militärs bewusst entzogen. Sie trugen so zum Bedeutungsverlust von Wehrmacht und Heer sowie zur Minderung der Kompetenzen der Dienststelle Fromms bei, der sie formal angehörten. Für Fromm war Radlmaier durch seine Kooperation mit Todt auf Abwege geraten, während Schell allein schon aufgrund seiner Ämterhäufung keinem traditionellen Verwaltungsapparat mehr angehörte.

<sup>109</sup> DTB, Eintrag vom 19. 6. 1941.

<sup>110</sup> Besprechung Gen. v. Schell beim Amtschef und Chef Rohstoffabteilung, 6. 3. 1941, in: BArch, RW 19/3205a, Bl. 507 f.; zur Panzerkommission vgl. Müller, Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegführung, in: DRZW, Bd. 5/1, S. 559; BArch, N 118/2 (Nachlass Engel), Todt an Brauchitsch, 12. 9. 1940.

<sup>111</sup> Ebenda, Todt an Brauchitsch, 12. 9. 1940.

<sup>112</sup> Vgl. DTB, Eintrag vom 16. 8. 1940.

<sup>113</sup> BArch, N 118/2 (Nachlass Engel), Todt an Brauchitsch, 12. 9. 1940.

<sup>114</sup> Ebenda.



Dennoch sah Generalmajor Adolf von Schell seine Kompetenzen in seiner Funktion als Chef der Amtsgruppe Kraftfahrwesen durch das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition bedroht und forderte am 26. September 1940 gegenüber Generaloberst Fromm: „Verbindung Radlmaier zu Todt muß aufhören“<sup>115</sup>. Von der kritischen Lage in Kenntnis gesetzt, kam Fromm noch am gleichen Tag mit dem Heerespersonalamt überein, dass das bestehende Dienstverhältnis zwischen Radlmaier und Todt innerhalb von zwei Wochen zu beenden sei. Welche Qualität die Verbindung zwischen Radlmaier und Todt bereits angenommen hatte und wie stark die Autorität der Heeresinstitutionen gegenüber dem Sonderkommissar bereits geschwunden war, machte Anfang November 1940 eine Besprechung zwischen Todt und dem Oberbefehlshaber des Heeres deutlich. Erst durch diese Zusammenkunft und die folgende Nachricht von Generalfeldmarschall von Brauchitsch wurde dem Stab des Befehlshabers der Heeresrüstung bekannt, dass Radlmaier entgegen dem anderthalb Monate alten Befehl Fromms noch immer bei Todt tätig war<sup>116</sup>. Doch damit nicht genug: Todt konnte von Brauchitsch unter Umgehung Fromms eine Verlängerung der Kommandierung Radlmaiers in das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition erreichen, der Fromm wenige Tage später auf Befehl Brauchitschs entsprechen musste<sup>117</sup>. Während dieser ersten Phase des Konkurrenzkampfs zwischen dem Ministerium Todt und der militärischen Rüstungsbürokratie hatte sich Radlmaier als wichtiger Partner Todts erwiesen. Seine Sachkenntnis und sein Durchsetzungsvermögen waren dabei notwendige Qualitäten.

Die nächste Stufe des Eskalationsprozesses war im Frühjahr 1941 erreicht, als sich die Organisation der Panzerrüstung bereits fest in der Hand von Reichsminister Todt befand und die Kompetenzen und Einflüsse des Heeres weitgehend zurückgedrängt waren<sup>118</sup>. Am 18. Februar 1941 versammelte sich das Spitzenpersonal des Rüstungsministeriums bei Hitler auf dem Berghof zur „ersten Panzerbesprechung“, um den aktuellen Rüstungsstand und künftige waffentechnische Entwicklungen zu verhandeln<sup>119</sup>. Zwar waren zu dieser Unterredung auch Vertreter der militärischen Rüstungsbürokratie geladen, jedoch zeigte sich im Verlauf der Besprechung rasch, dass sie durch Hitler regelrecht degradiert worden waren<sup>120</sup>.

Schon tags zuvor hatte Fromm empört aus dem Heereswaffenamt erfahren, dass Todt in Begleitung Radlmaiers zu der Besprechung gereist sei. Wie sehr Radlmaier bereits als Parteigänger Todts, ja als Paria galt, offenbart die Aussage, an der Besprechung auf dem Berghof hätten neben den zahlreichen Vertretern der Rüs-

<sup>115</sup> DTB, Eintrag vom 26. 9. 1940 (Hervorhebung im Original).

<sup>116</sup> Vgl. DTB, Einträge vom 30. 10. 1939 u. 31. 10. 1940.

<sup>117</sup> Vgl. ebenda.

<sup>118</sup> Vgl. Hartmut Knittel, Panzerfertigung im Zweiten Weltkrieg. Industrieproduktion für die deutsche Wehrmacht, Herford/Bonn 1988, S. 48; BArch, R 3/1989, Karl-Otto Saur, Stichworte für die Rüstungskartei, Bl. 9.

<sup>119</sup> Ebenda; DTB, Eintrag vom 19. 2. 1941; Schramm, Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, Bd. 1, S. 1004 f.

<sup>120</sup> Vgl. Rohland, Beweute Zeiten, S. 72 f.

tungsindustrie „von *uns* Fichtner mit Referent“ teilgenommen<sup>121</sup>. Radlmaier zählte also schon zum Lager der „anderen“.

Es überrascht noch mehr, wie weit sich Radlmaier bei dieser Gelegenheit selbst von Fromm als seinem Dienstherrn distanzierte. Der für das Diensttagebuch Fromms verantwortliche Offizier notierte empört: „Radlmaier in Zivil!!!“<sup>122</sup> Spätestens dieser Auftritt wider alle Traditionen musste in der militärischen Rüstungsbürokratie den Eindruck erwecken, dass Radlmaier zum Feind übergelaufen war und sogar die äußeren Zeichen seiner militärischen Herkunft abgelegt hatte<sup>123</sup>.

Dass ein solcher Verrat unter keinen Umständen geduldet wurde, zeigte die rasche Reaktion aller beteiligten Institutionen des OKH. Nur wenige Tage nach der „Panzerbesprechung“ wurde Fromm bei Brauchitsch vorstellig und erreichte die sofortige Abschiebung Radlmaiers zu Todt unter vollständiger Aufhebung des bisherigen Unterstellungsverhältnisses<sup>124</sup>. Fortan war Generalmajor Ritter von Radlmaier dauerhaft in die Arbeit des Rüstungsministeriums im Bereich der Panzerrüstung und -entwicklung involviert und nahm weiterhin an allen wichtigen Konferenzen teil<sup>125</sup>. Wie sich das persönliche und institutionelle Verhältnis zwischen Radlmaier, Todt und später Albert Speer genau entwickelte, lässt sich auf Basis der marginalen Aktenüberlieferung des Rüstungsministeriums nur schwer nachzeichnen. Dass Todt und Speer in Fragen der Panzerrüstung jedoch häufig die Begleitung des Generals wünschten, hebt ihre Wertschätzung für Radlmaier hervor<sup>126</sup>.

Radlmaier trat ab März 1941 trotz der Forderung Fromms, dass er „nicht in unserem Sektor verwendet“ werden solle<sup>127</sup>, nach wie vor als Konkurrent der militärischen Rüstungsbürokratie auf. Nunmehr vollwertiger Angehöriger eines charismatischen Sonderstabs bediente er sich dessen Möglichkeiten, indem er die traditionellen Verwaltungsstrukturen der Heeresrüstung sukzessive ignorierte und deren Kompetenzen aushöhlte. Exemplarisch beschwerte sich der Chef des Heereswaffenamts, General Emil Leeb, im Juni 1941 bei Fromm über die Praxis Radlmaiers, sein Haus bei Verhandlungen mit der Industrie über die Fertigung von Panzergeschützen nicht zu beteiligen<sup>128</sup>. Bislang waren Fragen der Entwick-

<sup>121</sup> Vgl. DTB, Eintrag vom 19.2.1941. Oberst Sebastian Fichtner war Chef der Kraftfahr- und Motorisierungsabteilung im Heereswaffenamt (Wa Prüf 6) (Hervorhebung der Verfasser).

<sup>122</sup> DTB, Eintrag vom 19.2.1941.

<sup>123</sup> Zur symbolischen Bedeutung und Kommunikationsfunktion von Uniformen vgl. Elisabeth Hackspiel-Mikosch, Die Theorie der Uniform. Zur symbolischen Kommunikation einer männlichen Bekleidungsform am Beginn der Moderne, in: André Holenstein u. a. (Hrsg.), Zweite Haut. Zur Kulturgeschichte der Kleidung, Bern u. a. 2010, S. 65–89, hier S. 71–74.

<sup>124</sup> „Vortrag ObdH [...] Fall Radlmaier / verabschieden u. Todt z. Verfg stellen. mit Todt verhandeln; Zusicherung von Todt, daß er Radlmaier ganz haben will, erreichen. Dann Radlmaier verabschieden.“ DTB, Eintrag vom 24.2.1941; vgl. auch DTB, Eintrag vom 6.3.1941.

<sup>125</sup> BArch, R 3/1989, Karl-Otto Saur, Stichworte für die Rüstungskartei, Bl. 12; BArch, R 3/1503, Bl. 12.

<sup>126</sup> BArch, R 3/1989, Karl-Otto Saur, Stichworte für die Rüstungskartei, Bl. 9 f.; BArch, RW 21/38–10, Aktenvermerk: Besuch von Reichsminister Speer, 28.8.1942, o. Bl.

<sup>127</sup> DTB, Eintrag vom 24.2.1941.

<sup>128</sup> Vgl. DTB, Eintrag vom 28.6.1941.

lung und Fertigung auf direktem Wege zwischen dem Waffenamt und den jeweiligen Firmen verhandelt worden. Radlmaier hatte jedoch den klassischen Verwaltungsweg umgelenkt, die direkte Verbindung Rüstungsbetrieb–Reichsministerium hergestellt und gleichzeitig den alten Kommunikationsweg stillgelegt<sup>129</sup>.

Im Juli 1941 wechselte der General in die neugebildete Panzerkommission beim Reichsminister für Bewaffnung und Munition<sup>130</sup>. Die Kommission unter der Führung von Ferdinand Porsche leitete und organisierte „den gesamten Komplex des Panzerbaus, von der Entwicklung bis zur Produktion“<sup>131</sup>. Die Aufgabe der militärischen Rüstungsbürokratie beschränkte sich von nun an auf Zuarbeiten und war damit entscheidender Kompetenzen beraubt. Die Bedeutung der Position Radlmaiers nahm mit der Etablierung der Panzerkommission dagegen weiter zu, wie ein Schreiben des Vorstandsvorsitzenden der Daimler-Benz AG Wilhelm Kissel zu erkennen gibt. Im Februar 1942 erklärte Kissel gegenüber dem Vorstandsmitglied und Generalinspekteur des „Führers“ für das Kraftfahrwesen, Jakob Werlin, dass sich das Heereswaffenamt bei der aktuellen Entwicklung von Panzermotoren als unkooperativ erwiesen habe. Man solle doch versuchen, „über Todt/Radlmaier Druck auf das WaA [Heereswaffenamt] aufzubauen“<sup>132</sup>.

Diese knappe Äußerung von Kissel lässt Radlmaier als fähigen Ansprechpartner und Hebel industrieller Interessen im Kampf mit dem Heereswaffenamt erscheinen. Welche Bedeutung Ludwig Ritter von Radlmaier auch in der folgenden Zeit im Rüstungsministerium zugemessen wurde, zeigen die Reaktionen auf seinen überraschenden Tod kurz vor seinem 56. Geburtstag. Unter militärischen Ehren nahmen an dem Trauerakt neben dem Gauleiter Karl Hanke als Vertreter Hitlers Rüstungsminister Albert Speer und der Inspekteur der Panzertruppen Heinz Guderian teil<sup>133</sup>. Prominente Vertreter des Oberkommandos des Heeres fehlten.

Eine gegenläufige Entwicklung nahm die Karriere Schells, dessen Einfluss schwand, als Hitler sich erstmalig negativ über den Generalbevollmächtigten ausließ. Am 29. November 1941 äußerte sich der „Führer“ vor Vertretern von Wehrmacht und Wirtschaft in der Reichskanzlei „abfällig über die Lastwagen von Schell, den er leider selbst eingesetzt habe“. Vor allem an das Problem der Ersatzbereifung und an die Generatorfrage sei Schell nicht mit der notwendigen Energie herangegangen<sup>134</sup>. Tatsächlich war Schell an dem mehr als utopischen Ziel ei-

<sup>129</sup> Ein weiteres Beispiel bietet BArch, RW 19/822, Bl. 274–276.

<sup>130</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München (künftig: IfZ-Archiv), ED 442, Karl-Otto Saur, Box 3, Bl. 94. Saur bezeichnet ihn hier als „militärischen Panzerspezialisten“.

<sup>131</sup> Müller, Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegführung, in: DRZW, Bd. 5/1, S. 559; vgl. auch Knittel, Panzerfertigung, S. 48 f.

<sup>132</sup> Konzernarchiv Daimler, Stuttgart, Vorstandsakten Wilhelm Kissel, Brief Kissel an Werlin vom 26. 1. 1942. Für diesen Hinweis sei an dieser Stelle ausdrücklich Dr. Markus Pöhlmann (ZMSBw Potsdam) gedankt.

<sup>133</sup> Vgl. Völkischer Beobachter vom 23. 10. 1943 (Nr. 296), Münchener Ausgabe, S. 2.

<sup>134</sup> DTB, Eintrag vom 29. 11. 1941; Führerbesprechung Albert Speers, 20. 3. 1942, in: BArch, R 3/1503, Bl. 46. Zur sogenannten Winterkrise vgl. u. a. Kroener, Der starke Mann, S. 409–417.

ner Umstellung von flüssigen Kraftstoffen auf Gasgeneratorbetrieb gescheitert, die große Einsparungsmöglichkeiten bei Treibstoffen zur Folge gehabt hätte. Als die Technische Hochschule Stuttgart beabsichtigte, Schell die Ehrendoktorwürde zu verleihen, ließ Hitler deshalb mitteilen: „[D]ie Verleihung des Ehrendokortitels solle nur bei ganz besonderen fachlichen Leistungen erfolgen. Verdienste um die Kriegswirtschaft dürften überhaupt nicht mit derartigen Titeln belohnt werden. [...] Im übrigen sah [...] der Führer die Leistungen des Herrn Generalmajor v. Schell nicht als überragend an.“<sup>135</sup>

Ob und inwieweit Schell versagt hatte oder ob die Zersplitterung der Zuständigkeiten beim Bau verschiedener Generatortypen für die Krise verantwortlich war<sup>136</sup>, die die Mangelware Betriebsstoff ersetzen sollte, sei dahingestellt. Obwohl es immer wieder zu Konflikten zwischen Fromm und Schell kam<sup>137</sup>, war es ausgerechnet Fromm, der Schell aus naheliegenden Gründen Rückendeckung gab. Für den Befehlshaber des Ersatzheeres bot die Organisation Schells eine der wenigen Möglichkeiten, noch Einfluss auf die Kraftfahrzeug- und Panzerproduktion zu nehmen. Interessanterweise begann man seitens der militärischen Rüstungsbürokratie, es den Protagonisten der „Neuen Staatlichkeit“ gleichzutun, und versuchte, auf informellen Wegen Koalitionen zu schmieden. Fromm bat Generalfeldmarschall Keitel, in Erfahrung zu bringen, inwieweit Schell bei Hitler bereits in Ungnade gefallen sei. Weiter verlieh er seiner Sorge Ausdruck, „daß Schell zur Zeit im Sinne der Wehrmacht nicht zu entbehren ist“<sup>138</sup>. Er selbst wolle dafür sorgen, dass „Schell keine Extratouren reitet“. Daraufhin empfahl Keitel das, was zu diesem Zeitpunkt schon längst entschieden war: dass man mit der Überwachung Schells einen technischen Fachmann beauftragen wolle. Dabei handelte es sich um Jakob Werlin, Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, und Generalinspektor des „Führers“ für das Kraftfahrwesen<sup>139</sup>. In einem vertraulichen Gespräch mit Schell tat Fromm wenige Tage später diese Neuerung kund und betonte, Schell sei für das Heer derzeit nicht zu ersetzen<sup>140</sup>.

Schell schien von nun an als Abgesandter des Befehlshabers des Ersatzheeres zu fungieren – diesen Schluss legen die Einträge im Dienstagebuch nahe<sup>141</sup>. Es war der neue Rüstungsminister Albert Speer, der Schell schließlich in ein „Nebenant“ abschieben wollte<sup>142</sup>. Obwohl Hitler gegenüber Speer zunächst noch dafür plädiert hatte, Werlin und Schell sollten im Rahmen der bestehenden Organisationen miteinander kooperieren, war Schells Ende als Generalbevollmächtigter im

<sup>135</sup> Der Leiter der Partei-Kanzlei, 23. 5. 1942, in: BArch, R 43 II/637, Bl. 279.

<sup>136</sup> Die Motorisierung in Deutschland, in: BArch, RH 12-6/23, Bl. 23.

<sup>137</sup> Vgl. DTB, Eintrag vom 9. 1. 1942, 9.30 Uhr.

<sup>138</sup> Ebenda, 18.30 Uhr.

<sup>139</sup> Vgl. Müller, Die Mobilisierung der deutschen Wirtschaft für Hitlers Kriegführung, in: DRZW, Bd. 5/1, S. 643–647.

<sup>140</sup> Vgl. DTB, Eintrag vom 14. 1. 1942.

<sup>141</sup> Exemplarisch DTB, Einträge vom 8. 4. u. 18. 5. 1942

<sup>142</sup> DTB, Eintrag vom 20. 6. 1942.

September 1942 beschlossene Sache<sup>143</sup>. Dies bedeutete auch eine Schwächung Görings, da die Aufgaben Schells an den Generalbevollmächtigten für die Rüstung, Speer, übergingen<sup>144</sup>. Göring selbst hatte in letzter Minute noch erfolglos versucht, die Generatorproduktion „ohne Einschaltung der Dienststelle von General von Schell“ in den Griff zu bekommen<sup>145</sup>, um vermutlich so Schaden von sich selbst abzuwenden. Zur selben Zeit, als Schells Ablösung durch Speer betrieben wurde, kündigte Schell gegenüber dem Chef des Generalstabs des Heeres, Franz Halder, an, er wolle seine Stellung aufgeben und suche eine Frontverwendung<sup>146</sup>. Zuvor sollte der Fall Schell jedoch auf Görings Initiative „wegen Vernachlässigung der Generatorfrage“<sup>147</sup> kriegsgerichtlich untersucht werden<sup>148</sup>.

Seine erwünschte Frontverwendung sollte Schell erhalten. Zunächst kam er nach seiner Demission für die restlichen Monate des Jahres 1942 in die Führerreserve. Anfang 1943 übernahm er schließlich als Kommandeur die 25. Panzerdivision und hatte dort sofort mit den materiellen Nöten zu kämpfen, die er als Generalbevollmächtigter zu beheben versucht hatte<sup>149</sup>. Fast zeitgleich wurde sein ehemaliger Rivale Guderian zum Generalinspekteur der Panzertruppen ernannt und Hitler unmittelbar unterstellt – ein Personalrevirement, das die logistische Schaltzentrale um den BdE Fromm tief erschütterte<sup>150</sup>. Schell selbst wurde Ende 1943 erneut auf das Abstellgleis der Führerreserve geschoben und ein Jahr später verabschiedet.

<sup>143</sup> Führerbesprechung Albert Speers, 14./15.4.1942, in: BArch, R 3/1503, Bl. 87, sowie Führerbesprechungen Albert Speers, 23. und 29.6.1942, in: BArch, R 3/1504, Bl. 96 u. Bl. 138.

<sup>144</sup> Erlass über den Bevollmächtigten für das Kraftfahrwesen und die Amtsgruppe Motorisierung, 28.8.1942, in: BArch, R 26 VIII/4, Bl. 1–6; vgl. auch Rolf-Dieter Müller, Albert Speer und die Rüstungspolitik im Totalen Krieg, in: Bernhard R. Kroener u. a., DRZW, Bd. 5/2: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und Personelle Ressourcen 1942–1944/45, Stuttgart 1999, S. 275–773, hier S. 460.

<sup>145</sup> Ministerialrat Dr.-Ing. Gönnert, Minderproduktion von Kraftfahrbenzin, 12.7.1942, in: IFZ-Archiv, MA 144/4, Bl. 7704.

<sup>146</sup> Generaloberst Halder, Kriegstagebuch, Bd. 3: Der Rußlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad, Stuttgart 1964, S. 195, Eintrag vom 31.7.1942.

<sup>147</sup> IFZ-Archiv, ED 442/Box 2, Tagesnotizen Nachlass Karl Otto Saur/52 17. Zwischenbericht über den Stand der Arbeiten an der Kartei des Technischen Amtes, 23./25.7.1942, Pkt. 43, Bl. 77; vgl. DTB, Eintrag vom 31.7.1942.

<sup>148</sup> Schell selbst berichtete nur von „erheblichen sachlichen Differenzen“ im Herbst 1942. Schell, Geschichte, S. 92. Gemäß einer „Verordnung vom 21. März 1942 – Schutz der Rüstungswirtschaft“, die „künftigen Mißständen in der Rüstungsindustrie allgemein vorbeugen“ sollte, könnte das Verfahren zumindest eingeleitet, dann aber wieder eingestellt worden sein. Günter Gribbohm, Das Reichskriegsgericht, Die Institution und ihre rechtliche Bewertung, Berlin 2004, S. 38 f.

<sup>149</sup> BArch, MSg 109/5134; Rolf Stoves, Die 22. Panzer-Division, 25. Panzer-Division, 27. Panzer-Division und die 233. Reserve-Panzer-Division. Aufstellung, Gliederung, Einsatz, Friedberg 1985, S. 130.

<sup>150</sup> Vgl. Bernhard R. Kroener, „Nun, Volk, steh auf...!“ Stalingrad und der „totale“ Krieg 1942–1943, in: Kriegerische Gewalt und militärische Präsenz in der Neuzeit. Ausgewählte Schriften, hrsg. von Ralf Pröve und Bruno Thoß, Paderborn u. a. 2008, S. 257–272, hier S. 269 f.; Kroener, Der starke Mann, S. 593.

#### 4. Fazit

Die Lebensläufe Schells und Radlmaiers zeugen von der Dynamik und von den Konflikten, die mit dem Einbruch von Sonderkommissaren und Bevollmächtigten in das Gebiet der Rüstungsbürokratie einhergingen. Dass die traditionellen Verwaltungsstäbe des Heeres gerade auf dem Feld Organisation und Logistik in Konflikte verwickelt wurden, resultierte aus der Tatsache, dass es dort die meisten Berührungspunkte zwischen militärischer Rüstungsbürokratie, Ministerialgewalt und den nationalsozialistischen Eliten gab.

Der Weg Radlmaiers war charakterisiert durch ein gespanntes Verhältnis zu den Logistikern des Heeres als Folge eines andersartigen professionellen Habitus und einer damit verbundenen divergenten Zielvorstellung. Die im Sommer 1940 einsetzende Kooperation mit Sonderkommissar Todt war die logische Folge dieser Konstellation. In dem Maße, in dem sich Radlmaier für das Ministerium Todt einsetzte – sich angesichts der partiellen Interessenidentität gewissermaßen selbst mobilisierte – forcierte das Heer seine Entfernung.

Schell wurde demgegenüber bereits 1938, als der Druck auf die Rüstungsbürokratie der Wehrmacht zunahm, von höherer Stelle zu einem Generalbevollmächtigten ernannt. Er gehörte damit der „ersten Generation“ von Sonderkommissaren an, die durch einen nicht unbeträchtlichen Anteil von Offizieren geprägt war. Verglichen mit anderen Kommissaren wie Göring oder Todt war Schell mit vergleichsweise geringen Kompetenzen ausgestattet. Obwohl die Frage nach der aktiven Beteiligung Schells an seiner „Inthronisation“ aufgrund der Aktenlage unbeantwortet bleiben muss, lassen sich auch bei Schell selbstmobilisierende Prozesse konstatieren. Seine Bemühungen um eine von der Heeresrüstungsbürokratie unabhängige Organisation zur Zentralisierung des Kraftfahrzeugwesens, mit denen er sich durch eine quasi supra-militärische Position auch dem Einfluss des BdE und des AHA zu entziehen versuchte, sprechen jedenfalls dafür. Dass er damit scheiterte und von Generalinspekteur Werlin verdrängt wurde, zeugt von der ungeheuren Dynamik der „Neuen Staatlichkeit“, in der Sonderkommissare ohne Weiteres ersetzt werden konnten.

Im Zusammenhang mit dem Mobilisierungswillen von Radlmaier und Schell lassen sich überdies weitere Charakteristika identifizieren, die für den Weg der beiden Offiziere und ihre Position in den charismatischen Stäben entscheidend waren: Beide verfügten über einen hohen, zum Teil auch öffentlichen Bekanntheitsgrad als Spezialisten in ihrem Fachbereich, der ihnen die Kommunikation mit bedeutenden Vertretern des NS-Regimes erleichterte. Des Weiteren stammten Schell und Radlmaier nicht aus den Leitungspositionen der Organisationen, mit denen die Sonderkommissare konkurrierten, wohl aber aus deren Führungsstäben. Sie galten als ambitioniert, jedoch nicht an das Rüstungsbürokratische Establishment gebunden, das von den neuen Sondergewalten häufig als unflexibel wahrgenommen und abgelehnt wurde. Somit bedienten sich die Sonderkommissare eines höchst qualifizierten und der Zusammenarbeit aufgeschlossenen Personals, das Informationen über die bisherigen Aufgaben und Probleme der militärischen Rüstungsbürokratie transferierte und zweifellos über gut ausgebaute



Netzwerke verfügte. Damit wurde die professionelle Kompetenz des charismatischen Verwaltungsstabs gestärkt und gleichzeitig die des traditionellen vermindert. Das NS-Regime scheint militärisches Personal primär während der Rüstungskrisen vor und zu Beginn des Kriegs als Übergangslösung rekrutiert zu haben, wie etwa auch im Fall von General Hanneken als Generalbevollmächtigter für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung. Die Liste solcher Militärs, für die eine Untersuchung gleichfalls lohnenswert wäre, lässt sich ohne Weiteres fortsetzen: General Walter Buhle, langjähriger Chef der Organisationsabteilung im Generalstab des Heeres, der 1945 Chef der Wehrmachtrüstung wurde; General Karl Becker, bis zu seinem Tod 1940 Chef des Heereswaffenamts, Professor an der Technischen Hochschule Berlin, Senator der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften und Präsident des Reichsforschungsrats<sup>151</sup>; der ehemalige Chef des Stabes des Heereswaffenamts, General Kurt Waeger, der 1942 zum Chef des Rüstungsamts beim Reichsminister für Bewaffnung und Munition avancierte; General Heinz Ziegler, lange Zeit Chef des Stabes im AHA, 1942 „militärischer Leiter der Waffenkommissionen“<sup>152</sup> unter Generaloberst Fromm und 1944 Sonderbeauftragter für die Vereinheitlichung der Wehrmachtorganisation; oder General Walter von Unruh, von 1942 bis 1944 Sonderbeauftragter für die Überprüfung des zweckmäßigen Kriegseinsatzes<sup>153</sup>.

Gleichwohl wurden viele Militärs nach der Niederlage vor Moskau durch zivile Bevollmächtigte ersetzt oder traten in ihrer Funktion zunehmend in den Hintergrund. Sie wurden zu diesem Zeitpunkt eher als ineffizient denn als mobilisierend wahrgenommen, zumal die traditionelle militärische Rüstungsbürokratie in ihrer Führungsfunktion inzwischen vollständig neutralisiert war. Die Karrieren von Radlmaier und Schell bestätigen dennoch nachdrücklich, dass die militärische Rüstungsbürokratie des Heeres keineswegs geschlossen auf die dynamischen Praktiken der NS-Herrschaft reagierte, sondern sich ihrerseits als heterogenes Konstrukt von Eigeninitiativen darstellte. Unterschiedliche Zielvorstellungen in Verbindung mit dem Streben nach erweiterten Kompetenzen setzten die Energie zur Selbstmobilisierung frei und schufen eigene Wege zur Emanzipation von den klassischen Verwaltungsstäben.

---

<sup>151</sup> Vgl. Burghard Ciesla, Ein „Meister deutscher Waffentechnik“. General-Professor Karl Becker zwischen Militär und Wissenschaft (1918–1940), in: Rüdiger vom Bruch/Brigitte Kaderas (Hrsg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2002, S. 263–281.

<sup>152</sup> Personalakte Heinz Ziegler, in: BArch, Pers 6/406, Bl. 41.

<sup>153</sup> Vgl. Bernhard R. Kroener, „General Heldenklau“. Die „Unruh-Kommission“ im Strudel polykratischer Desorganisation (1942–1944), in: Hansen/Schreiber/Wegner (Hrsg.), Politischer Wandel, S. 269–285.